



Der besondere Tipp

Transatlantische Konferenz

Green New Deal – Investieren in die Zukunft

7. Mai 2009, 11 bis 18 Uhr

Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung

Gibt es gemeinsame Ziele, Strategien und politische Instrumente für Europa und die USA, um nachhaltige Antworten auf die multiplen Krisen zu finden? Wie könnte ein transatlantischer «Green New Deal» aussehen? Mit Gästen aus Obamas Thinktank CAP, Washington D.C.

Publikation

Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter.

Hrsg. von Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung im oekom Verlag, München 2009, 288 Seiten, 24,90 Euro

Der Sammelband zeigt die Vielfalt unserer Gemeingüter und welch ungeheures Potenzial in ihnen steckt. Mit Beiträgen u. a. von David Bollier, Elinor Ostrom, Richard Stallman, Sunita Narain, Pat Mooney und Peter Barnes.

Dossier auf www.boell.de

Wege aus der Weltwirtschaftskrise

Die Heinrich-Böll-Stiftung verfolgt den Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise, beleuchtet mögliche Ursachen und Folgen aus nationaler und internationaler Perspektive und sucht nach Lösungen.

Veranstaltungen zur Wirtschafts- und Finanzkrise

In der Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung

- 28.4. Buchvorstellung: **Bericht zur Lage der Welt 2009**
- 30.4. Krisengespräche: **Investitionen in die Zukunft oder Schuldenmacherei?**
- 7.5. Internationale Tagung: **Green New Deal**
- 25.5. Krisengespräche: **Lets Make Money – Film und Gespräch**
- 9.6. Internationale Tagung: **Paradiese in der Krise. Transparenz und neue Regeln für Regulierungs- und Steueroasen**
- 17.6. Podiumsdiskussion/Studienvorstellung: **Grüne Wege aus der Autokratie**

Mehr Infos unter www.boell.de

Blogs

Baustellen der Globalisierung

www.baustellen-der-globalisierung.blogspot.com

Rainer Falk nimmt im Blog «Baustellen der Globalisierung» – eine Koproduktion des Informationsbriefs Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E) und der Heinrich-Böll-Stiftung – u. a. die Unterregulierung der globalen Finanzmärkte und die mangelnde demokratische Legitimität in internationalen Institutionen wie der UN oder der Welthandelsorganisation in den Blick.

Klima – eine Gerechtigkeitsfrage?

www.klima-der-gerechtigkeit.de

Aktuelle Entwicklungen rund ums Klima beobachten Lili Fuhr, Referentin für Internationale Klima- und Ressourcenpolitik der Heinrich-Böll-Stiftung, und der Ökologieexperte Jörg Haas in dem Blog «Klima der Gerechtigkeit»

Russlandblog

www.russlandblog.boell.de

Jens Siegert, Büroleiter in Moskau, analysiert und kommentiert in seinem Blog das russische (meist politische) Leben

Unsere Themenportale im Netz

Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie

www.gwi-boell.de

Website zu Migration/Integration/Diversity

www.migration-boell.de

Kommunalpolitische Infothek

www.kommunale-info.de

Weiterbildungsakademie Green Campus

www.greencampus.de

Campus-Tour

Wissen, was wirkt. Campustour 2009

23. April – 26. Juni 2009

An rund 25 Hochschulen in ganz Deutschland macht die Campustour halt. Die Themen sind vielfältig: Klimawandel und Energieversorgung, Finanzkrise, Demokratie und europäische Integration. Wissenschaftler/innen, Studierende, Prominente aus Politik und Wirtschaft kommen miteinander ins Gespräch – bei Workshops, Diskussionen, Partys u.v.m.

Infos unter www.boell.de/campustour

1989 – Europa im Aufbruch

Veranstaltungen, Ausstellungen, Texte und Publikationen rund um den Jahrestag auf www.boell.de/1989

Eingebrannte Bilder

29. Mai – 2. Juli 2009

Ausstellung von Ernst Volland im Foyer der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin

Eröffnung am 29. Mai um 18 Uhr,
Mo – Fr von 9 – 20 Uhr

Frauen- und Geschlechterpolitik

Internationale Konferenz: Religion Revisited

6.–7. Juni 2009

Frauenrechte und die politische Instrumentalisierung von Religion.

Infos unter: www.gwi-boell.de

Gender Happening

Love me Gender – Gender is Happening

6.–11. Juli 2009

Unter diesem Motto veranstaltet das Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung eine Art Happening rund um Geschlechterfragen. In Diskussionen und Workshops, Tanz, Theater, Film und Videopräsentationen werden Lebenskonzepte, Lebensweisen, Visionen und Utopien mit Genderbezug präsentiert, diskutiert, kritisiert und zelebriert.

Infos unter www.gwi-boell.de

Green New Deal



Lesefrüchte auf dem Rückflug von Washington: In der *Financial Times* beschreibt Paul Kennedy die Umrisse des «Neokapitalismus nach dem Exzess»: «Wir werden ein höheres Maß an staatlicher Intervention in die Märkte erleben und höhere Steuern. Die animalischen Kräfte des Marktes

werden künftig von einer Vielzahl nationaler und internationaler Zoowärter überwacht und gezähmt.» Einen Trost immerhin hält das Zentralorgan der Londoner City für seine erschreckten Leser bereit: «Der Kapitalismus wird modifiziert, aber er wird nicht verschwinden. Wie die Demokratie hat er ernste Gebrechen, aber alle anderen Systeme sind schlimmer.» Ein weiterer Leitartikel fordert eine «globale Politik zur Rettung des globalen Kapitalismus»: Globalisierung verlange eine kohärentere internationale Regulierung.

In der *Washington Post* entdeckt Harold Meyerson das «Modell Deutschland» als Vorbild für einen «besseren Kapitalismus»: hier dominiere immer noch die Industrie über den Finanzsektor, langfristige Wertsteigerung über die Jagd nach kurzfristigem Profit. Die Vertretung der Beschäftigten in den Aufsichtsräten Sorge für eine ausgewogenere Unternehmenspolitik, die Einkommen seien gleichmäßiger verteilt, die soziale Sicherung großzügig bemessen – und dennoch (oder gerade deshalb) seien deutsche Unternehmen auf dem Weltmarkt ausgesprochen wettbewerbsfähig. Als zweites Referenzmodell dient Skandinavien mit seinem gut ausgebauten Dienstleistungssektor, in dem gut qualifizierte Arbeitskräfte gutes Geld verdienen. Auch wenn das Bild vom deutschen *stakeholder capitalism* etwas zu hell strahlt, ist die Umkehrung der Maßstäbe bemerkenswert, an denen die Zukunftsfähigkeit wirtschaftlicher Systeme gemessen wird.

Nimmt man noch die grüne Welle hinzu, die gegenwärtig durch die USA rollt – Ausbau erneuerbarer Energien und Förderung umweltfreundlicher Technologien in großem Stil –, zeichnen sich die Umrisse eines Paradigmenwechsels ab. Wir befinden uns

inmitten einer Transformationskrise des Kapitalismus. Diese Ausgabe von *Böll.Thema* leuchtet aus, wie die Weichen Richtung Zukunft gestellt werden können.

Im Zentrum steht die Idee eines «Green New Deal», die weltweit als Antwort auf die Doppelkrise von Wirtschaft und Umwelt diskutiert wird. So unterschiedlich die Konzepte auch sein mögen, die unter diesem Titel segeln, so haben sie doch einen gemeinsamen Kern: Erstens geht es um einen großen Sprung in Richtung einer nachhaltigen Ökonomie. Darunter fallen der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die ökologische Sanierung von Gebäuden, eine breit angelegte Förderung erneuerbarer Energien und umweltfreundlicher Technologien. Zweitens geht es um mehr Chancengleichheit und soziale Teilhabe, vor allem durch massive Investitionen in Bildung und berufliche Qualifizierung. Und schließlich geht es darum, den globalen Kapitalismus in ein globales Regelwerk einzubetten und den Rückfall in Protektionismus und Nationalismus zu verhindern.

Die ungeheuren Summen, welche jetzt die Regierungen zur Ankurbelung der Wirtschaft mobilisieren, müssen genutzt werden, um die Fundamente für ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Sozialmodell zu legen. Wird diese historische Gelegenheit verpasst, erben die folgenden Generationen außer horrenden Staatsschulden auch noch einen riesigen Berg ungelöster Probleme. Dieser Appell richtet sich nicht nur an Regierungen und Parlamente. Wir brauchen einen großen gesellschaftlichen Aufbruch, wenn wir die Krise nutzen wollen, um den Kapitalismus zu erneuern und die Welt zu verbessern. ■■

Ralf Fücks

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

böll

THEMA

1/09

GOING GREEN

- 4 **Zeitenwende** — Was vergeht und neu entsteht
Von Ralf Fücks
- 6 **«Der Klimawandel ist die atemberaubende Chance, die sich als unlösbares Problem maskiert»**
Von Christopher Flavin und Robert Engelman
- 9 **Der Karottenmob** — Durch Kaufkraft zum Klimaschutz
Von Till Kötter
- 10 **Die erschöpften Begriffe**
Text und Zeichnung von Johannes Stüttgen

BLICK IN DIE GESCHICHTE

- 12 **Wie 1929 ... oder grundverschieden?** — Was die Weltwirtschaftskrise vom heutigen Crash unterscheidet
Von Joscha Schmierer
- 14 **Das Reformprogramm des amerikanischen New Deal** — Der Pakt zwischen Arbeitnehmern, Unternehmern und Staat in den 1930ern
Von Reinhard Blomert
- 18 **Ein halbes Jahrhundert Umweltpolitik** — Meilensteine auf dem Weg zum Green New Deal
Von Udo E. Simonis

AUF ZUKUNFT GESETZT

- 19 **Made in America** — Obama will die USA ökologisch modernisieren, die Wirtschaft ist längst dabei
Von Arne Jungjohann
- 20 **«Walk the talk!»** — Gerd Rosenkranz im Gespräch mit Renate Künast
- 22 **«ERENE» – ein Deal, bei dem alle gewinnen** — Stimulus für eine nachhaltige Energieversorgung in Europa
Von Michaele Schreyer



RALF FÜCKS
SEITE 4

Seit 1996 Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung und Mitglied der Grundsatzkommission von Bündnis 90/Die Grünen. Veröffentlicht regelmäßig in Tages- und Wochenzeitungen.



**CHRISTOPHER FLAVIN
& ROBERT ENGELMAN**
SEITE 6

Christopher Flavin ist Präsident des Worldwatch Institute Washington, Robert Engelman Vizepräsident. Schwerpunkte der Arbeit: Demographie, Umwelt, zivile Konflikte.



TILL KÖTTER
SEITE 9

Seit 2008 Projektkoordinator der Transatlantic Climate Policy Group im Washingtoner Büro der Heinrich-Böll-Stiftung.



JOHANNES STÜTTGEN
SEITE 10

Künstler, Vortragsreisender, ehem. Meisterschüler und Freund von Joseph Beuys. / Jüngste Publikation: «Der ganze Riemen: Joseph Beuys – der Auftritt als Lehrer an der Kunstakademie Düsseldorf 1966–72», Köln 2008.



JOSCHA SCHMIERER
SEITE 12

Publizist, von 1999–2007 im Planungsstab des Auswärtigen Amts. / Jüngste Publikation: «Keine Supermacht, nirgends. Den Westen neu erfinden», Berlin 2009.



REINHARD BLOMERT
SEITE 14

Sozialwissenschaftler am WZB, Leiter der Redaktion des *Leviathan*. Er lehrt Wirtschafts- und Finanzsoziologie in Graz, Paris und Berlin. / Jüngste Veröffentlichung: «Wie aus der Subprime-Krise eine richtige Wirtschaftskrise wird», in: Jensen/Schröter/Stehr, «Mehrwertiger Kapitalismus», 2009.



UDO E. SIMONIS
SEITE 18

Forschungsprofessor für Umweltpolitik beim WZB. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen.



ARNE JUNGJOHANN
SEITE 19

Seit 2007 Leiter der Programme für Umwelt und Globalen Dialog im Washingtoner Büro der Heinrich-Böll-Stiftung. / Jüngste Veröffentlichung: «A Changing Climate» (www.boell.de).



GERD ROSENKRANZ
SEITE 20

Seit 2004 Leiter Politik und Öffentlichkeitsarbeit bei der Deutschen Umwelthilfe. / Jüngste Publikation: «Bewegung im Energiestreit – reicht die Zeit?» In: «Sichere Energie für das 21. Jahrhundert», hrsg. von Jürgen Petermann. 2. Auflage 2008.



MICHAELE SCHREYER
SEITE 22

Vizepräsidentin des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland. 1999–2004 Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für den EU-

Haushalt und die Betrugsbekämpfung. / Jüngste Publikation: (zus. mit Lutz Mez) ERENE. Eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien. Eine Machbarkeitsstudie.



ACHIM STEINER
SEITE 23

Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen und Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms (UNEP) in Nairobi.



BARBARA UNMÜßIG
SEITE 24

Seit 2002 Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung. / Jüngste Veröffentlichung: (gem. mit Rainer Falk) «Kurswechsel im Rezessionsjahr. Neue Chancen für Global Governance?», Ausgabe 1/2009 des *Informationsbriefs Weltwirtschaft und Entwicklung*.



HANNS MICHAEL HÖLZ
SEITE 26

Vorstandsvorsitzender von «econsense», dem Forum Nachhaltige Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Konzernbeauftragter für das Nachhaltigkeits-Management-System der Deutschen Bank. Er gehörte zum Advisory Council von UN-Generalsekretär Kofi Annan.



THOMAS JORBERG
SEITE 28

Seit 1986 in der GLS-Bank, seit 1993 dort im Vorstand und seit 2003 Vorstandssprecher.



ANNETTE MAENNEL
SEITE 30

Seit 2005 ist die Journalistin Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit der Heinrich-

Böll-Stiftung. / Jüngste Publikation: (mit Martina Hanf) «Thomas Brasch: Ich merke mich nur im Chaos». Interviews 1976 – 2001, Frankfurt 2009.



FELIX GROBA
SEITE 31

Promotionsstudent am Center of Economic and Social Research des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.



HANNES KOCH
SEITE 32

Freier Korrespondent (www.die-korrespondenten.de). Seine Themen: nationale und internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik. / Jüngste Publikation: «Soziale Kapitalisten», Berlin 2007.



**MICHAELA WUNDERLE
& CHRIS MESS**
SEITE 33

Michaela Wunderle ist freie Journalistin und Übersetzerin, Chris Mess Informatiker und Moderator beim Frankfurter Lokalradio X (www.radiox.de).



IRENE SCHÖNE
SEITE 34

Seit 1998 Mitglied im Aufsichtsrat der UmweltBank AG, Nürnberg. / Jüngste Veröffentlichung: «Towards better energy efficiency – Should we follow the European example?» In: *Green Building Magazine*, Volume 18, 2008.

- 23 **Grüne Streifen am Horizont** — Über das Konzept «Global Green New Deal» vom UN-Umweltprogramm

Von Achim Steiner

- 24 **Chinas Konjunkturprogramm – und was wir darüber wissen**

Von Barbara Unmüßig

DIE SUCHE NACH DEM REELLEN CAPITALISMUS

- 26 **«Wann, wenn nicht jetzt?»** — Überlegungen für ein nachhaltiges Wirtschaften

Von Hanns Michael Hölz

- 28 **«Was fehlt, ist der politische Wille»** — Vorschläge zur Neuordnung der Finanzmärkte

Von Thomas Jorberg

VON UNTERNEHMERN, BANKIERS UND KONSUMENTEN

- 30 **Verantwortung übernehmen, mit Einschränkungen rechnen** — Wie der Unternehmer Max Schön mit der Wirtschaftskrise umgeht

Von Annette Maennel

- 31 **Das Risikokapital traut sich** — Porträt von John Doerr, Finanzier der Grünen Revolution

Von Felix Groba

- 32 **Die Lehre kommt allmählich in den Vorstandsetagen an** — Unternehmen orientieren sich zunehmend an sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit

Von Hannes Koch

- 33 **Kennst du Utopia.de?** — Michaela Wunderle sprach mit Chris Mess über das Internetportal für strategischen Konsum

- 34 **Der Naturverbrauch gehört in die Berechnung der Kosten** — Integrierte Bilanzierung: die etwas andere Buchführung

Von Irene Schöne

DIE STIFTUNG UND DER GREEN NEW DEAL

- 36 **Investieren in die Zukunft: «Green New Deal»** — Aktuelle Projekte und Veranstaltungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Zeitenwende

VON RALF FÜCKS

Was vergeht und neu entsteht.

Es gibt solche Krisen und solche. Manche gehen vorüber, ohne bleibende Spuren zu hinterlassen, andere markieren eine historische Zäsur. Man braucht nicht viel prophetisches Vermögen, um vorauszusagen, dass die gegenwärtige Erschütterung der Weltwirtschaft als Zeitenwende in die Geschichtsbücher eingehen wird. Ein beinahe 25-jähriger Wachstumszyklus geht zu Ende, der die fast eine Milliarde Menschen in den *emerging countries* aus der größten Armut gezogen hat, während zugleich an der Spitze der sozialen Pyramide eine sagenhafte Akkumulation von Reichtum stattfand – nicht nur in der Alten Welt, sondern gerade auch bei den Neureichen in China, Russland, Indien oder Brasilien.

Getrieben wurde dieser Zyklus durch eine globale Liberalisierung der Märkte, eine sprunghafte Zunahme des Welthandels, vor allem aber durch eine fieberhafte Expansion des Finanzsektors. Dort wurde das große Geld verdient und das große Rad gedreht, das jetzt die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds geführt hat. Gestern waren Wall Street und Londoner City noch das Doppelherz des globalen Kapitalismus, heute sind sie das Epizentrum der Krise. Ausgelöst wurde der globale Crash durch das Platzen der Immobilienblase in den USA, mit der Scheinwerte geschaffen wurden, auf die weitere Kredite gezogen werden konnten. Mit ihr ist auch ein Wachstumsmodell kollabiert, das von der Ausweitung der öffentlichen und privaten Verschuldung getrieben wurde.

Der Turbokapitalismus hat den Bogen überspannt. Die Zeiten wundersamer Kapitalvermehrung durch immer neue Finanzprodukte sind vorüber. Zukünftig wird es wieder mehr darum gehen, sinnvolle Dinge herzustellen und Dienstleistungen anzubieten, die einen Mehrwert für den Kunden schaffen, als mit spekulativen Geschäften schnell reich zu werden. Die ökonomische Leitfigur der Zukunft wird nicht der Investmentbanker sein, sondern der Unternehmer (oder die Unternehmerin), der einen Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt leistet. Statt der Fixierung auf kurzfristige Profitmaximierung wird es um nachhaltigen Wertzuwachs gehen. Der Kapitalismus der Zukunft wird moralischer sein – weil auf Dauer nur verantwortliches Handeln Wohlstand schafft.

Globale Regeln für globale Märkte

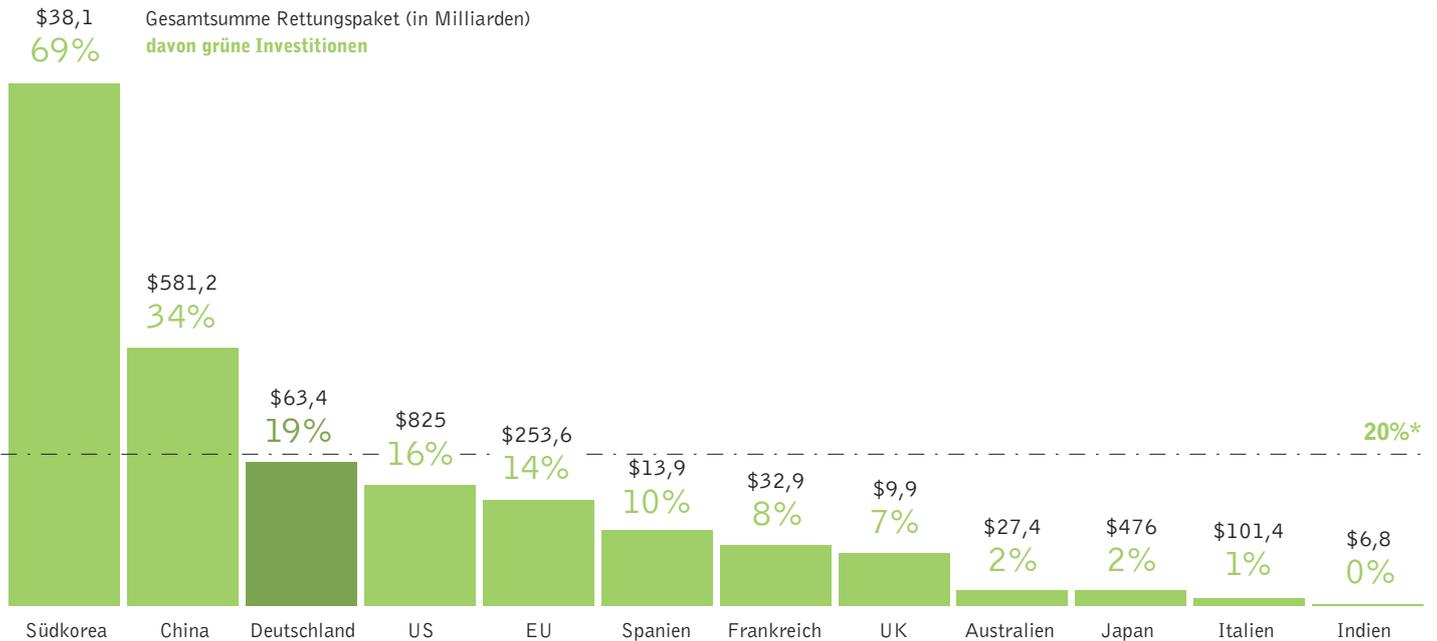
Marktwirtschaften sind höchst voraussetzungsvolle Systeme. Sie erfordern Transparenz, Machtbegrenzung durch Wettbewerb, effektive Preisbildung, Eigentümerhaftung und eine Balance von Gewinn und Risiko. Werden diese *checks & balances* außer Kraft gesetzt, läuft das System aus dem Ruder. Genau das ist passiert.

Wenn von Marktversagen gesprochen wird, muss man im gleichen Atemzug vom Staatsversagen reden. Denn es obliegt den Staaten, die Ordnung der Märkte zu gewährleisten, und es waren die Regierungen, die im Zuge der Standortkonkurrenz ganze Bereiche der Finanzindustrie aus ihrer Regelungskompetenz entlassen haben. Es ist abwegig, dass jedes Medikament aufwändige Zulassungsverfahren durchlaufen und jedes Auto vom TÜV zugelassen werden muss, während Finanzprodukte, welche ganze Volkswirtschaften aushebeln können, ohne jede Risikovorsorge in Umlauf gebracht werden konnten.

Die Krise offenbart die Gebrechen der Globalisierung: den Mangel an globaler Regulierung, die extremen Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft, die ungleiche Verteilung von Vorteilen und Risiken. Ganze Gesellschaften, die sich in den letzten Jahren zu bescheidenem Wohlstand emporgearbeitet hatten, drohen in den Überlebensmodus zurückgeworfen zu werden. Ein Rückfall in ökonomischen Nationalismus (vulgo Protektionismus) würde die Probleme nur verschärfen. De-Globalisierung ist keine Utopie, sondern ein Schreckgespenst. Nicht nur wegen der damit verbundenen weltweiten Wohlstandsverluste, sondern weil eine ökonomische Fragmentierung auch den politischen Nationalismus anfachen würde – die 30er-Jahre lassen grüßen.

Gefordert ist jetzt mehr Kooperation und Koordination. Aktuell müssen der Internationale Währungsfonds und die Weltbank gestärkt werden, um ihre Rolle als globale Feuerwehr spielen zu können. Auch das ist nicht ohne politische Reformen zu haben. Es führt kein Weg daran vorbei, den aufsteigenden Wirtschaftsmächten und den Entwicklungsländern eine faire Mitsprache in diesen Institutionen zu geben. Die Zeit der westlichen Hegemonie über die Weltwirtschaft geht zu Ende. Wir müssen lernen, Macht und Wohlstand zu teilen, um einen Kampf aller gegen alle zu vermeiden.

Auch die Defizite der EU werden von der Krise gnadenlos aufgedeckt. Wir haben einen Binnenmarkt und eine weitgehend gemeinsame Währung, aber keine europäische Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dabei sind die europäischen Volkswirtschaften längst auf Gedeih und Verderb miteinander verflochten. Solidarität mit den Ländern, denen jetzt das Wasser bis zum Hals steht, ist kein Altruismus, sondern ein Akt der Vernunft. Dazu gehören aber auch verbindliche Regeln, die fiskalische Disziplin erzwingen und einen Steuerwetlauf zu Lasten der Gemeinschaft verhindern. Wenn die EU ihre Chance nutzt, wird sie gestärkt aus der Krise hervorgehen. Versagen die europäischen



«Zwanzig Prozent!» In seinem Bericht, der am 18. Februar 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, erklärt der Ökonom und Umweltbeauftragte Großbritanniens, Lord Stern, dass zwanzig Prozent der staatlichen Ausgaben zur Konjunkturanhebung für grüne Investitionen bereit gestellt werden sollten. Quelle: HSBC Center for Climate Change

Regierungen, droht eine Erosion der Gemeinschaft und ein Auseinanderbrechen der Eurozone.

DOPPELKRISE VON ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE

Was die gegenwärtige Situation von allen vorausgegangenen Erschütterungen der Weltwirtschaft unterscheidet, ist das Zusammentreffen der ökonomischen mit der ökologischen Krise. Nicht nur die Geld- und Warenkreisläufe sind gestört, auch das Ökosystem ist aus den Fugen, von dem das menschliche Leben auf diesem Planeten abhängt. Der Klimawandel ist der schlagende Beweis dieser Krise. Schwindende Ölvorräte, Überfischung der Meere, Wasserknappheit und Verlust fruchtbarer Ackerlands sind weitere Alarmsignale. Deshalb gibt es auch keinen Rückweg zum Wirtschaftswachstum alten Typs.

Die Parallelen, die zu dieser Doppelkrise von Umwelt und Wirtschaft geführt haben, sind frappierend. Beide beruhen auf massiven Anleihen auf die Zukunft: einmal in Form von pekuniären Schulden, mit denen der Konsum finanziert wurde, zum anderen in Form von ökologischen Schulden. In beiden Fällen handelt es sich um die Externalisierung von Folgekosten zu Lasten künftiger Generationen: genieße heute, zahle später. Diese Form einer ruinösen Schuldenökonomie muss endlich aufhören. Das heißt auch: Die Preise müssen die ökologischen Kosten wiedergeben, damit der Markt die richtigen Signale an Investoren und Konsumenten geben kann. Die Instrumente dafür sind bekannt: Sie heißen Öko-Steuern und Verknappung der CO₂-Emissionen, die als Kosten für Unternehmen und Verbraucher zu Buche schlagen müssen.

Angesichts des drohenden Kollapses der Biosphäre geht es um nichts weniger als eine grüne industrielle Revolution: eine sprunghafte Steigerung der Ressourceneffizienz, den Übergang zu erneuer-

baren Energien im großen Stil, die Entwicklung einer neuen Generation umweltfreundlicher Produkte und Technologien, die Umstellung auf biologische Rohstoffe und Verfahren und der Bau von Häusern, die zu Netto-Energieerzeugern werden. Mit anderen Worten: es geht um ein grünes Wirtschaftswunder, das massenhaft sinnvolle Beschäftigung schafft.

GREEN NEW DEAL

Die Unsummen, die jetzt von den Regierungen weltweit für die Ankurbelung der Konjunktur ausgeworfen werden, müssen genutzt werden, um die Fundamente für ein nachhaltiges Wachstum zu legen. Wenn wir diese Gelegenheit verpassen, geraten wir in eine doppelte Falle: wir sitzen dann auf riesigen Schuldenbergen, die den staatlichen Handlungsspielraum gerade dann begrenzen, wenn die ökologische Krise sich zuspitzen wird.

Investitionen in grüne Technologien sind Pflichtprogramm Nummer eins. Pflichtprogramm Nummer zwei sind Investitionen in Menschen, vorrangig in Erziehung, Bildung und berufliche Qualifizierung. Wir können damit gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Bildung ist der Schlüssel für Chancengerechtigkeit und sozialen Aufstieg, also für eine gerechtere Gesellschaft. Und zugleich sorgen wir dafür, dass Europa trotz des demographischen Wandels eine kreative, dynamische Gesellschaft bleibt, die ihren Wohlstand auch in Zukunft bewahren kann.

Wenn wir es klug anstellen, dann nutzen wir die Krise für einen großen gesellschaftlichen Aufbruch Richtung Ökologie und Fairness. Ob wir das einen «Green New Deal» nennen oder einen Pakt für die Zukunft: Wichtig bleibt, dass wir jetzt alle Kräfte mobilisieren, um als Gesellschaft besser aus der Krise herauszukommen, als wir hineingegangen sind. ■■■



«DER KLIMAWANDEL IST DIE ATEMBERAUBENDE CHANCE, DIE SICH ALS UNLÖSBARES PROBLEM MASKIERT»

VON CHRISTOPHER FLAVIN & ROBERT ENGELMAN
WORLDWATCH INSTITUTE WASHINGTON DC

Welch schöner Satz von John Gardner, dem Gründer der amerikanischen Bürgerorganisation «Common Cause»! Doch die Erde heizt sich unschön auf, die Gletscher schmelzen, das ewige Eis taut, die Ozeane werden sauer. Die Warnungen der Wissenschaftler werden hartnäckiger: Die Welt muss ihren Kurs schneller ändern. Und das mitten in der größten Wirtschaftskrise seit 1929. Christopher Flavin und Robert Engelman vom renommierten Washingtoner Worldwatch Institute haben in ihrem Bericht «Zur Lage der Welt 2009»¹ die zehn wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zusammengestellt, denen wir uns stellen müssen, um Klimastabilität dennoch zu erreichen. Schauen wir sie uns an.

1. LANGFRISTIGES DENKEN

Durch die Evolution hat sich der Mensch so entwickelt, dass er mit unmittelbaren Bedrohungen gut umgehen kann – seien es die wilden Tiere, denen die ersten Menschen in den Ebenen Afrikas begegneten, sei es die Finanzpanik, die die Welt Ende 2008 in den Griff nahm. Der Klimawandel hingegen ist ein besonders tückisches Problem: Nach menschlichem Zeitmaßstab treten seine Auswirkungen erst ganz allmählich auf, und mit den schlimmsten Folgen werden sich vermutlich Menschen auseinandersetzen müssen, die noch gar nicht geboren sind. Um dieses Problem zu lösen, müssen wir auch die Zukunft als unsere Verantwortung begreifen und die Folgen unserer heutigen Entscheidungen für künftige Generationen bedenken. Wie die Ägypter Pyramiden und die Europäer Kathedralen bauten, die Jahrtausende überdauerten, müssen wir anfangen, so zu handeln, als ob die Verantwortung für die Zukunft des Planeten noch über unsere begrenzte Lebensspanne hinaus unsere Sache ist.

2. INNOVATIONEN

Die Welt muss Technologien entwickeln und verbreiten, die die Produktion und die Nutzung kohlenstofffreier Energie maximieren, während zugleich die Kosten minimiert und die Verbraucherfreundlichkeit optimiert werden. (Verbraucherfreundlichkeit ist wichtig, denn die Leichtigkeit, fossile Brennstoffe zu transportieren, zu lagern und zu nutzen, gehört zu ihren großen Vorzügen, nicht allein ihr Preis.) Ein wirksamer Klimapakt wird Anreize bieten, die die technologische Entwicklung beschleunigen und die sicherstellen, dass erneuerbare Energien und andere emissionsarme Technologien in allen Ländern der Erde eingesetzt werden, unabhängig davon, ob diese die Kosten bezahlen können oder nicht. Beim Einsatz fossiler Energien müssen wir die Energieeffizienz entscheidend steigern und den Ausstoß von CO₂, Methan, Stickstoffoxiden und Treibhausgasen, die aus der Kühlung und den verschiedensten industriellen Prozessen herrühren, senken. Die Möglichkeiten, schnelle und kostenarme Emissionssenkungen vorzunehmen, sind zahlreich und meistens noch unerschlossen.

3. DEMOGRAPHIE

Es ist unumgänglich, den weltweiten Dialog über das Bevölkerungswachstum neu zu eröffnen und eine Politik sowie Programme zu unterstützen, die zur Verlangsamung und schließlich zur Umkehr des Wachstums beitragen. Dabei muss sichergestellt sein, dass Frauen selbst entscheiden, ob und wann sie Kinder bekommen.

Ein wirklich umfassendes Klimaabkommen würde sowohl die Folgen des Klimawandels für gefährdete Völker anerkennen wie auch den langfristigen Beitrag, den langsames Wachstum und eine kleinere Weltbevölkerung bei der Reduzierung zukünftiger Emissionen innerhalb eines gerechten klimapolitischen Rahmens spielen. Und es sollte die Verpflichtung erneuern, die die Staaten der Welt 1994 eingegangen sind: nämlich das Bevölkerungsproblem nicht durch Druck auf die Eltern anzugehen, weniger (oder mehr) Kinder zu zeugen, als sie wünschen, sondern indem auf die Bedürfnisse der Frauen in Bezug auf Familienplanung, Gesundheit und Erziehung gehört wird.

4. VERÄNDERUNG DES LEBENSSTILS

Das Erdklima kann nicht allein durch Technologie gerettet werden. Auch die Art, wie wir leben, muss sich ändern – und je länger wir damit warten, desto größere Opfer werden nötig sein. Dass in den USA Wohnhäuser und Autos in den vergangenen Jahrzehnten immer größer wurden, ist ein wesentlicher Faktor für die Steigerung der Treibhausgasemissionen und der Hauptgrund dafür, dass die

Das Worldwatch Institute ist eine 1974 gegründete unabhängige Forschungsorganisation. Ihr Ziel ist es, Einsichten und Ideen zu erzeugen und zu verbreiten, die es Entscheidungsträgern ermöglichen, unsere Gesellschaft ökologisch nachhaltig umzubauen. Worldwatch sucht innovative Lösungen und betont dabei die Zusammenarbeit von Regierungen, privatem Unternehmertum und zivilen Akteuren.

Die Worldwatch-Berichte «Zur Lage der Welt», die jetzt im 25. Jahr erscheinen, sind weltweit richtungweisend in der Diskussion über eine nachhaltige Entwicklung. Sie werden in 36 Sprachen übersetzt. In Deutschland erscheint der Report in Zusammenarbeit von Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch.

US-Emissionen doppelt so hoch sind wie die anderer Industrieländer. Änderungen des Lebensstils sind nötig, einige davon mögen heute extrem unattraktiv erscheinen. Aber im Endeffekt sind die Dinge, ohne die zu leben wir wohl lernen müssen – übergroße Autos und Häuser, statusorientierter Konsum, billige Weltreisen, Fleisch zu jeder Mahlzeit und das alles jederzeit verfügbar –, keine unabdingbaren Güter oder gar in der Mehrzahl der Fälle das, was Menschen glücklich macht. Die Älteren unter uns und viele unserer Vorfahren haben in Kriegszeiten freiwillig größere Opfer akzeptiert. Dies ist zwar kein Krieg, aber es könnte mal einer werden.

5. ERHALT NATÜRLICHER LANDSCHAFT

Wir müssen den Ausstoß von Kohlendioxid oder anderen Treibhausgasen durch die Beschädigung oder Vernichtung von Wäldern und Böden reduzieren. Boden und Vegetation können sehr wirkungsvoll Kohlenstoffe und Treibhausgase aus der Atmosphäre absorbieren. Bei richtiger Behandlung kann der Boden allein jährlich etwa 13 Prozent aller von Menschen verursachten Kohlendioxidemissionen aufnehmen. In dem Ausmaß, in dem wir das Land zu einer effektiveren Senke für diese Gase machen, können wir Emissionen auf dem Niveau halten, wie es für unser Wohlergehen notwendig ist. Möglicherweise wirft eine aktive Senke jedoch geringere Erträge ab. Und jede Senke muss mit «Abflussstopfen» gesichert werden, um bei veränderten Bedingungen den Wiedereintritt der Treibhausgase in die Atmosphäre zu verhindern.

6. STARKE INSTITUTIONEN

Die letzten Monate des Jahres 2008 haben schmerzlich das gefährliche Ungleichgewicht zwischen einer frei treibenden Weltwirtschaft und einem regulativen System bloßgelegt, das nur ein Flickenteppich unterschiedlicher nationaler Systeme ist. Und wenn es je ein globales Phänomen gegeben hat, dann ist es das Klima. Die Vorstellung fällt in der Tat nicht schwer, dass das Klimaproblem langfristig eine politische Entwicklung hin zu einer Weltregierung vorantreiben könnte. Bei der momentan starken öffentlichen Abneigung gegen eine solche Idee bleibt uns vorerst nur die Regulierung durch die

Vereinten Nationen, die multilateralen Banken und die wichtigen nationalen Regierungen. Neue Institutionen und Finanzmittel werden nötig sein, aber wahrscheinlich braucht es erst ein wachsendes öffentliches Bewusstsein oder eine dramatische Verschlechterung des Klimas, um die Widerstände für ihre Installierung und Durchsetzung zu überwinden.

7. DAS GEBOT DER GERECHTIGKEIT

Ein dauerhaftes und erfolgreiches Klimaabkommen wird Mechanismen finden müssen, die finanziellen Lasten und potenziellen Unannehmlichkeiten gerecht zu verteilen. Die CO₂-Emissionen pro Kopf sind in den Vereinigten Staaten beinahe fünfmal so hoch wie in Mexiko und mehr als zwanzigmal so hoch wie in den meisten Ländern südlich der Sahara. In der Vergangenheit haben hauptsächlich die wohlhabendsten und am stärksten industrialisierten Länder die Fähigkeit der Erde, Treibhausgase aufzunehmen, in Anspruch genommen. Entsprechend sollten die geringen verbliebenen Kapazitäten den sich entwickelnden Ländern vorbehalten sein. In diesen Ländern leben die meisten Menschen und sie tragen für die Verursachung des Problems nur wenig Verantwortung – das muss ein gerechtes Klimaabkommen berücksichtigen, obwohl es richtig ist, daran zu erinnern, dass ein kleiner, aber wachsender Teil ihrer Bevölkerungen inzwischen schon große Kohlenstofffußabdrücke hinterlässt.

8. WIRTSCHAFTLICHE STABILITÄT

Im Herbst 2008 begann die Weltwirtschaft zu straucheln und damit stellt sich die Frage: Sollte eine Welt, die wirtschaftlich harten Zeiten entgegenght, ihre Belastung noch durch die Kosten erhöhen, die der Paradigmenwechsel von den fossilen zu den erneuerbaren Energien mitsichbringt? Sollte wertvolles Land als bloßer Kohlenstoffspeicher genutzt werden? Doch wir müssen anerkennen: Jedes Klimaabkommen, das weltweite Prosperität voraussetzt, ist zum Scheitern verurteilt. Und da der Wunsch immer größerer Teile der Weltbevölkerung nach Wohlstand immer mehr der begrenzten Ressourcen beansprucht, müssen wir das Klima der Zukunft abwägen gegen eine Gegenwart mit Hunger und Armut. Ein tragfähiges internationales Klimaregime muss Mechanismen schaffen, die in wirtschaftlich schwachen wie blühenden Zeiten gleichermaßen funktionieren. Und ein starker Pakt kann nur auf der Grundlage von Prinzipien und Innovationen aufgebaut werden, die die langfristigen Kosten anerkennen und ihnen Rechnung tragen.

9. POLITISCHE STABILITÄT

Eine Welt, die mit Krieg und Terror beschäftigt ist, ist nicht in der Lage, ihre Aufmerksamkeit auf eine ferne Zukunft zu richten. Aber genau diese Einstellung ist nötig, um weitere Klimaveränderungen zu verhindern und mit den schon erfolgten fertig zu werden. Ein Klimapakt soll zu präventivem Handeln ermutigen, um die Unsicherheiten zu mindern, die durch den Klimawandel hervorgerufen oder verschärft werden. Aber bevor die Nationen nicht Wege finden, gewaltsame Konflikte zu entschärfen und die Wahrscheinlichkeit zu minimieren, dass der Terrorismus ganze Gesellschaften aus dem Konzept bringt, werden Prävention und Anpassung an den Klimawandel nur eine untergeordnete Rolle spielen. Positiv gesehen, bietet die Aushandlung eines effektiven Klimaabkommens den Ländern, die sie nutzen, die Gelegenheit, in Frieden zu leben und über die engen Grenzen ihrer Interessen hinauszublicken auf ihre Abhängigkeit vom Rest der Welt. Und die Menschheit als eine einzige verletzbare Gattung zu erkennen – und nicht als eine Ansammlung von Nationen, die in einem ebenso nutzlosen wie endlosen Wettbewerb gefangen sind.

10. MOBILISIERUNG FÜR DEN WANDEL

Die wachsende Angst vor dem Klimawandel mobilisierte die Politik. Die Gegner umweltpolitischer Maßnahmen weisen gern auf die immensen Kosten der Emissionsreduzierungen hin. In einer Zeit ernsthafter Wirtschaftsprobleme nimmt die Kraft eines solchen Arguments zu. Einige, die sich erst spät von der Realität des Klimawandels überzeugen ließen, sind vom Leugnen des Problems direkt zur Verzweiflung übergegangen. Die wirksamste Antwort auf beide Reaktionen besteht nach den Worten von John Gardner, dem Gründer von «Common Cause» (eine Bürgerorganisation, welche die Partizipation der Bürger stärken und die Politiker an ihren Versprechen messen will), darin, die globale Erwärmung als «atemberaubende Chance, die sich als unlösbares Problem maskiert hat», zu sehen. Die Lösung des Klimaproblems wird die größte Gründungswelle neuer Industrien und Jobs auslösen, die die Welt seit Jahrzehnten gesehen hat.

Ende November 2009 wird die Welt vor dem Probelauf stehen: Werden die rund 200 Einzelstaaten, die sich in Kopenhagen treffen, um ein neues Klimaabkommen zu vereinbaren, sich auf ein neues Protokoll einigen, das eine Vision und einen Fahrplan enthält? Globale Herausforderungen gibt es ja schon genug: Werden die weltweite Finanzkrise und der Konflikt im Nahen Osten die Führer der Welt in Beschlag legen? Wird der neue amerikanische Präsident Zeit genug haben, die USA wieder in eine Führungsposition zu bringen? Wird die weltweite Nord-Süd-Spaltung, die die Klimagespräche der vergangenen Jahre behindert hat, überwunden werden?

Viele Probleme, aber eines ragt über alle anderen heraus: Der Klimawandel ist keine gesonderte Angelegenheit, die man unabhängig von allen anderen angehen könnte. Die Weltwirtschaft treibt den Klimawandel ganz wesentlich an und die wirtschaftlichen Strategien müssen revidiert werden, wenn das Klima jemals stabilisiert werden soll – und die menschlichen Bedürfnisse erfüllt werden sollen, für die die Weltwirtschaft letztendlich da ist.

Wir können uns einen Fehlschlag der Kopenhagener Klimakonferenz nicht leisten. Das Ergebnis des Treffens wird in den Geschichtsbüchern verzeichnet werden – und in der dauerhaften Zusammensetzung der Atmosphäre, die uns allen gemeinsam ist. ■■■

Übersetzung: Jochen Schimmang

¹ Der vollständige Bericht «Zur Lage der Welt 2009. Ein Planet vor der Überhitzung» vom Worldwatch Institute ist ab 28. April erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung: www.boell.de

Der Karottenmob

Durch Kaufkraft zum Klimaschutz

VON TILL KÖTTER



PARTY IN EINEM KALIFORNISCHEN KD-MARKT: DER SIEGER IM ENERGIESPAREN WIRD GEFEIERT. SCREENSHOT AUS DEM CARROTMOB-VIDEO ([HTTP://CARROTMOB.ORG/ABOUT](http://carrotmob.org/about))

«Das ist positive Kooperation. Die beste Firma gewinnt. Der Verbraucher gewinnt. Und die Umwelt gewinnt.»

Boycott ist Vergangenheit. Carrotmob ist Zukunft. Mit organisierter Kaufkraft versucht diese junge amerikanische Bewegung, Einzelhändler für den Klimaschutz zu gewinnen. Die Idee ist einfach, sagt *Carrotmob*-Initiator Brent Schulkin: «Für Geld machen Firmen alles.» Bringt Klimabewusstsein Profit, dann denken Unternehmen um, sparen Energie oder investieren in Solarzellen. Gemeinsam können Verbraucher einen wirtschaftlichen Anreiz setzen: Indem sie ihre Einkäufe organisieren, schaffen sie Kaufkraft und Verhandlungspotential. Wettbewerb wird neu definiert. Honoriert wird das Unternehmen mit dem stärksten Umweltbewusstsein. Lassen sich amerikanische Firmen darauf ein?

Brent hat es ausprobiert. In seiner Heimatstadt San Francisco besuchte er 23 Getränkeläden und erzählte von seinem Vorhaben, ein umweltbewusstes Netzwerk von Verbrauchern zu schaffen. Sein Netzwerk würde den Laden belohnen, der den höchsten Anteil seiner Umsätze in Energiesparmaßnahmen investierte.

Die Angebote reichten von anfangs zehn Prozent zu letztlich 22 Prozent am Gesamtumsatz. David Lee vom KD-Markt zeigte das

größte Engagement für Energieeffizienz. Das brachte Brent einen Sieger und David Geld: Am vereinbarten Tag folgten hunderte Unterstützer Brents Aufruf, standen geduldig Schlange vor dem KD-Markt, um dann gezielt zu kaufen, was sie sonst bei der Konkurrenz erstanden hätten.

Für den KD-Markt ging die Rechnung auf. Anstelle der üblichen 2000 Dollar spülte die Kaufaktion des *Carrotmob* an diesem Tag 9276,50 Dollar in die Kasse. Geld genug, um sämtliche Lichtenanlagen des Ladens zu sanieren und somit in Zukunft 887 KW/h Strom zu sparen. David und Lee sind von der gemeinsamen Aktion begeistert: «Das ist positive Kooperation. Die beste Firma gewinnt. Der Verbraucher gewinnt. Und die Umwelt gewinnt.» Und so will der Karottenmob wachsen. Nicht nur Einzelhändler, sondern große Unternehmen sollen in Zukunft um die Kaufkraft des umweltbewusstesten Verbrauchers buhlen. Brent nutzt dafür das Internet (<http://carrotmob.org>). 2586 Mitglieder zählt seine Gruppe auf Facebook bereits. Weitere Netzwerke entstanden vor kurzem in Helsinki, Finnland, und sogar in Karachi, Pakistan. ■■■

Die erschöpften Begriffe

VON JOHANNES STÜTTGEN

KÜNSTLER UND FREUND VON JOSEPH BEUYS

In gleichem Maße,
wie das System über die Natur herfällt, fällt es über den
Menschen her und höhlt dessen innerste Bestimmung aus, dessen
Würde, Rechte, selbstbestimmte Arbeit und Teilhabe an aus-
reichender Versorgung. Die ökologischen Katastrophen führen
vor, daß das mit der Natur nicht zu machen ist, parallel da-
mit spitzt sich die Frage zu, ob das der Mensch mit sich ma-
chen läßt.

«Ich behaupte, daß dieser Begriff SOZIALE PLASTIK eine völlig neue Kategorie ... ist. Ich schreie sogar: es wird keine brauchbare Plastik mehr hienieden geben, wenn dieser SOZIALE ORGANISMUS ALS LEBEWESEN nicht da ist. Das ist die Idee des Gesamtkunstwerkes, in dem JEDER MENSCH EIN KÜNSTLER ist.»

Joseph Beuys, 1982

Die Eigendynamik der Globalisierung ist nicht unbedingt identisch mit der des kapitalistischen Systems samt seiner ideologischen Begrifflichkeit. Insofern hat auch die dramatisch sich zuspitzende ökologische Problematik einen eigentümlichen Doppelcharakter, den zu erkennen die Voraussetzung ihrer Lösung ist. Einerseits ist sie die Folge der auf der Doktrin der hemmungslosen Profitmaximierung basierenden, also kapitalistisch ausgerichteten Ökonomie, die von den Staatssystemen mitgetragen wird. Andererseits markiert sie den äußersten Punkt der Entfaltung des innersten anthropologischen Urkonflikts Mensch-Natur, mithin der Freiheitsfrage.

Dieselbe Unterscheidung gilt für die Globalisierung. Zweifellos ist sie das systemimmanente Charakteristikum schlechthin in Konkurrenz mit der «von Natur aus» globalisierten Natur. Darüber hinaus aber liegt es in der «Natur des Menschen», sich in der Menschheit als «ganzer» zu erfüllen, dies konkret auf der Erde und über sie hinweg. Das schließlich läuft auf die finale Frage einer Übereinstimmung von Mensch und Natur hinaus. Aber genau dafür hat das herrschende System keine Lösung. Unlösbar ist diese Frage dennoch nicht.

Dieser weitgehend bisher ausgeblendete Doppelcharakter der Globalisierung stellt die systembedingte Übereinkunft und Überzeugung infrage, der Mensch-Natur-Konflikt sei identisch mit der System-Umwelt-Kollision. Die Bodenlosigkeit dieser Grundüberzeugung der spätkapitalistischen Moderne zeigt sich am Parallelvorgang der nicht minder dramatisch werdenden Mensch-System-Kollision. Hier zeichnet sich eine bislang verdeckte und umso erstaunlichere Übereinstimmung, wenn auch *ex negativo*, zwischen Mensch und Natur ab. In gleichem Maße, wie das System über die Natur herfällt, fällt es über den Menschen her und höhlt dessen innerste Bestimmung aus, dessen Würde, Rechte, selbstbestimmte Arbeit und Teilhabe an ausreichender Versorgung. Die ökologischen Katastrophen führen vor, dass das mit der Natur nicht zu machen ist, parallel damit spitzt sich die Frage zu, ob das der Mensch mit sich machen lässt.

An diesem Punkt steht der Begriff MENSCH selbst zur Disposition, das subjektive Selbstverständnis des Menschen ebenso wie seine objektive, in die Globalisierung sich emanzipierende Form. Hat sich

am Ende die Natur, gegen das System, längst auf die Seite des Menschen geschlagen – nur, der hätte es noch nicht begriffen? Ein in der Tat phantastischer Gedanke, der die Begriffe NATUR, MENSCH und FREIHEIT, frei vom System, in ein ganz neues Licht rückte! Frei vom System? Der Mensch immerhin hat das System gemacht, es ist seine genuine Freiheitsproduktion, gegen die Natur. Eine Freiheitsproduktion allerdings, die die Freiheit selbst aufhebt. Das System hat die Freiheitsmaxime längst für sich usurpiert und spielt sie gegen ihren eigenen Generator aus.

Der Mensch steht vor der Frage seiner BEGRIFFE. In ihrer herkömmlichen, neuzeitlichen Form sind sie alle erschöpft – allem voran der FREIHEITSBEGRIFF und alle an ihm ausgerichteten

Begriffe wie KAPITAL/ARBEIT/STAAT/DEMOKRATIE/GELD/ÖKONOMIE, die sich in des Menschen eigenem Produkt, dem System, gegen die Natur, im Zuge der Globalisierung ins NICHTS auflösen. In ihrer Auflösung blockieren sie, paradox, die Zukunft – solange jedenfalls, wie der Mensch, das Freiheitswesen, an ihnen festhängt, d. h. – paradox – unfrei ist. Hier blitzt am äußersten Punkt der Not des Menschen Innerstes auf: ein BEGRIFF, der IM BEGRIFF IST, sich aus seiner verkürzten Form zu BEFREIEN: der Freiheitsbegriff selbst in seiner höheren, erweiterten Form. Geltend mit ihm macht sich auch ein höherer Begriff von NATUR.

Hinter alldem steht die Globalisierung als NOCH NICHT BEGRIFFENER BEGRIFF ihrer gebotenen

stimmigen Form – Joseph Beuys: die «Soziale Plastik»¹. Die Frage nach der Stimmigkeit der Form ist seit altersher die Frage der Kunst. Sollte am Ende in ihr der Schlüssel der Erweiterung der Begriffe verborgen sein? Diese Idee hat den Anschein des Verrückten. Das Verrückte an ihr ist die Verrückung eines Peripheriepunkts ins Zentrum. ■■



¹ Mit dem Begriff «Soziale Plastik» versuchte Joseph Beuys, seine Vorstellung einer gesellschaftsverändernden Kunst zu erläutern. Er schließt in sein Kunstkonzept das menschliche Handeln, das auf die Strukturierung und Formung der Gesellschaft ausgerichtet ist, mit ein.

WIE 1929 ... ODER GRUNDVERSCHIEDEN?

VON JOSCHA SCHMIERER

Was die Weltwirtschaftskrise 1929 vom heutigen Crash unterscheidet

Auf seiner ersten Pressekonferenz im Weißen Haus zog Barack Obama einen dramatischen Vergleich und legte sich fest: «Meine Administration erbt ein Defizit von über einer Billion Dollar. Zugleich erbt man aber die gewaltigste wirtschaftliche Notsituation seit der Großen Depression. Wenn zu wenig oder gar nichts getan wird, wird sie zu einem noch größeren Defizit an Jobs, Einkommen und Vertrauen führen. Dieses Defizit könnte aus der Krise eine Katastrophe werden lassen. Und ich weigere mich, dem tatenlos zuzusehen. So lange ich in diesem Amt bin, werde ich alles, was notwendig ist, unternehmen, damit dieses Land wieder Tritt fasst.» Und notwendig scheint zunächst, vor weiteren Schulden nicht zurückzuschrecken. Mit dem Hinweis auf die Große Depression mahnte der US-Präsident die Mitglieder des Kongresses zu Einigung und Eile bei der Verabschiedung des Antikrisenprogramms: «Die stärksten Demokratien (...) überleben, wenn Leute jeder Herkunft und jedes Bekenntnisses einen Weg finden, kleinere Differenzen zugunsten eines größeren Vorhabens hintanzustellen. Dieser Prüfung werden die Vereinigten Staaten in diesem Winter voller Elend unterzogen.»

In Deutschland sind für 2009 schöne Gedenktage vorgesehen – an das Inkrafttreten des Grundgesetzes und den Mauerfall. Wenn aber die aktuellen Ereignisse an die

Weltwirtschaftskrise erinnern, deren Beginn auf den Oktober vor achtzig Jahren datiert wird, bleibt für Selbstzufriedenheit kein Platz. Die Republik ist herausgefordert, die Europäische Union wird getestet. Werden die internationalen Integrationsbemühungen, die in der Globalisierung ihre Grundlage finden, sich gegen die Gefahren der Fragmentierung, die der Globalisierung immanent bleiben, behaupten können? 2009 wird kein Jahr guter Erinnerung, sondern ein Schlüsseljahr für die Zukunft. Es wird sich entscheiden, ob der Crash in den USA in eine weltweite Depression übergeht, gar in die politische, vielleicht sogar militärische Konfrontation von Mächten und neuen Blöcken mündet oder ob die globale Integration institutionell gestärkt aus der Krise hervorgeht. Die Welt steht nicht nur klimapolitisch, sondern auch politisch-klimatisch auf der Kippe.

Ökonomisch lässt sich ein Crash zwar nicht exakt voraussagen, wenn es aber zu ihm gekommen ist, lässt er sich ganz gut erklären. Es geht ihm immer eine manische Phase voraus, mit den Hoffnungen, dass die Wertsteigerung von Besitztiteln gegenüber den Gewinnerwartungen in Produktion und Handel den Vorrang erringt. Bei Aktien etwa wird nicht mehr auf die Dividende gesetzt, sondern auf den Profit bei ihrem Verkauf. Aus Geld scheint mehr Geld zu machen zu sein und das grenzenlos. Hier muss nicht ins

Einzelne gegangen werden – der Crash ist da, er zieht seine Weiterungen. Wie weit werden sie gehen?

Um hier Antworten zu finden, muss auch der Ökonom nach dem politischen Kontext fragen. Der größte Unterschied zwischen 1929 und heute besteht darin, dass die Weltwirtschaftskrise damals auf den politischen Trümmern ausbrach, die der Erste Weltkrieg hinterlassen hatte. Die Bemühungen, zur Vorkriegssituation zurückzukehren, hatten sich in den 20er- und bis in die 30er-Jahre hinein auf die Rückkehr zum Goldstandard und zu festen Währungsbeziehungen konzentriert. Der Versuch, den Weltmarkt wiederherzustellen, scheiterte nicht zuletzt an den Schuldverhältnissen, die der Krieg zwischen Deutschland und den Siegermächten, aber auch zwischen Großbritannien und den USA hinterlassen hatte. Die polarisierten Machtverhältnisse standen im Widerspruch zum Wunsch, zu den ausbalancierten Wirtschafts- und Währungsbeziehungen vor dem Krieg zurückzufinden.

Brach also die Weltwirtschaftskrise in einer zerklüfteten Nachkriegslandschaft aus – das Kriegsende war gerade mal zehn Jahre her –, so machten die politischen Reaktionen aus ihr eine Zwischenkriegskrise. Nach dem Scheitern einer Rückkehr zum Goldstandard zielten die Mächte auf die Errichtung eigener Wirtschafts- und

Währungsblöcke. Statt der Rückkehr zum freien Weltmarkt der Vorkriegszeit triumphierten nicht nur in Deutschland Protektionismus, Abwertungswettlauf und Festungsdanken. In Wirtschaftsimperien wurde der Ausweg gesucht und der lässt sich nicht beschreiten ohne imperiale politische Macht. Die entgegengesetzten, aber teilweise durchaus gleichartigen Wege aus der Krise führten in Aufrüstung und Krieg. Erst der Krieg, die Katastrophe, beendete eine Krise, die in die Depression und machtpolitische Rivalität geführt hatte.

Ben Bernanke, der amerikanische Notenbankchef, ist einer der besten Kenner der Weltwirtschaftskrise von 1929. «Die Depression», so schreibt er im Vorwort zu einer Sammlung von «Essays on the Great Depression», «war eine unglaublich dramatische Episode, eine Zeit (...) der wilden Währungsspekulation, voller Sturmwolken des Krieges, die sich im Hintergrund zusammenzogen.»

In «Entfernte Verwandtschaft» hat der Historiker Wolfgang Schivelbusch auf die Kriegsrhetorik hingewiesen, mit der der Depression im jeweils eigenen Land zu Leibe gerückt wurde: Rückgriff auf den Ersten Weltkrieg, Vorgriff auf den Zweiten. Schivelbusch meint, einen «wundersamen Parallelismus» in den Antikrisenprojekten und –mobilisierungen von Faschismus, Nationalsozialismus und New Deal zu erkennen: «Alle drei bedurften zur Überwindung ihrer Wirtschaftskrise einer Rüstungskonjunktur und letztlich des Krieges.» Dass auch in den USA erst der Krieg ein Ende der Arbeitslosigkeit brachte, weiß natürlich auch Ben Bernanke. Zwar hätte sich nach Roosevelts Amtseinführung im März 1933 die wirtschaftliche Lage verbessert – zwischen 1929 und 1933 war das Nationalprodukt real um fast dreißig Prozent gesunken –, «aber die Arbeitslosigkeit blieb das ganze Jahrzehnt über zweistellig. Die Beschäftigung erholte sich erst mit dem Zweiten Weltkrieg.» Die Weltwirtschaftskrise hatte die Hoffnungen, an die Ansätze einer über den Weltmarkt vermittelten Globalisierung wieder anknüpfen zu können, pulverisiert. Die imperiale Rivalität wurde potenziert und verbaute vollends die Möglichkeiten einer kooperativen Überwindung der Krise.

Seit 1989 und der vorausgehenden Öffnung Chinas gibt es im Wortsinn eine Weltwirtschaft. In einer globalisierten Welt globalisiert sich auch die Krise. Das unerwartet schnelle und tiefe globale Ausgreifen des Crashes folgt dieser Logik. Insofern geht das Ausmaß heute noch über die Dimension des Crashes von 1929 hinaus. Aber der politische Kontext ist völlig verschieden.

1989 beendete zwar einen Krieg, aber da dieser nicht militärisch ausgetragen wurde, hinterließ er kein vergleichbares politisches Trümmerfeld wie der Erste Weltkrieg, diese «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts». Die Auflösung des Sowjetimperiums hatte nicht die Form einer militärischen Niederlage. Die sich als Sieger des Kalten Krieges verstanden, konnten keine Reparationen fordern.

Mit dem Ende der europäischen Imperien hat sich das Verhältnis von kapitalistischer Weltwirtschaft und der politischen Form, in der sie sich entfaltet, geändert. Die Vorstellung von Autarkie ist mit Imperien verknüpft, bietet aber für Staaten keine Perspektive. Zwar besteht zwischen der Staatenwelt mit ihren Grenzen und Souveränitäten und der Weltwirtschaft in ihrer transnationalen Vernetzung ein Spannungsverhältnis, dem die Gefahr der Fragmentierung innewohnt. Durch Kooperation unter Staaten ist es jedoch regulierbar.

Trotz internationaler Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO können Staaten über ihre Antikrisenmaßnahmen freilich die transnationalen Netze zerreißen und die internationale Integration sprengen. Die Weltwirtschaft bleibt währungspolitisch den Staaten ausgeliefert. Das Zusammentreffen von internationaler Verschuldung der USA und ihrer Souveränität über die internationale Reservewährung enthält eine Menge Sprengkraft. Da Stützungsmaßnahmen für die nationale Wirtschaft in Staatsform und damit innerhalb von Staatsgrenzen stattfinden, ist ihr Übergang zu Protektionismus fließend. Sie können damit zur Quelle heftiger Streitereien unter Staaten werden.

Damit sind nur einige der Punkte benannt, an denen Staaten Brüche in der Weltwirtschaft herbeiführen und verschärfen und damit die Bedingungen schaffen können, unter denen der Crash zur Depression ausufert, welche die Weltwirtschaft versumpfen lässt. Dennoch macht gerade der Vergleich mit 1929 die viel günstigeren politischen Bedingungen deutlich, unter denen die Weltgesellschaft heute mit der Krise umgehen kann. Noch ist die Welt nicht in neue Blöcke auseinandergebrochen, sie zeichnen sich nicht einmal ab. Noch kann die Kooperation der Staaten die Form bilden, in der eine Depression vermieden wird. Wenn es der neuen US-Administration gelingt, ihre teuren Rettungsprogramme nicht mit protektionistischer Abschottung zu flankieren, kann sie eine führende Rolle spielen, um «Sturmwolken des Krieges» gar nicht erst aufkommen zu lassen. Die USA sind zur Finanzierung ihrer Programme nicht zuletzt auf China angewiesen. Protektionismus trüge suizidale Züge. ■■



VERSTÖRT: AKTIONÄRE AM SCHWARZEN DIENSTAG 1929 IN DER NEW YORKER WALL STREET

DAS REFORMPROGRAMM DES AMERIKANISCHEN NEW DEAL

VON REINHARD BLOMERT

Der Pakt zwischen Arbeitnehmern, Unternehmern und Staat in den 1930ern

Der Börsenaufschwung 1924–1929 hatte zur *New Era* geführt, die der Vorstellung huldigte, dass man nur genügend Aktien kaufen müsse, und sei es mit Schulden, um reich und unabhängig von eigenem Arbeitseinkommen zu werden. Der Boom beruhte auf falschen Versprechungen, auf Handel mit verbrieften faulen Krediten, Schwindelgeschäften und Gaunereien, die 1929 ein dramatisches Ende fanden.

Die Depression, in welche die Krise das Land stürzte, hatte jedoch tiefere Ursachen. Im Weltkrieg hatte die US-Landwirtschaft für die steigende Lebensmittelnachfrage der Alliierten produziert. Der Exportmarkt brach weg und ab 1921 kämpften die Farmer mit Absatzschwierigkeiten. Immer mehr mussten Ländereien und Höfe verpfänden. Da sich die Exportchancen nicht besserten, konnten die Hypotheken nicht zurückgezahlt werden, und nun wurden auch die Hypothekenbanken von der Krise betroffen. Ab 1921 verschwanden jährlich rund 600 Banken und mit ihnen die Spardepositen. Von den 30 800 Banken des Jahres 1921 gab es 1933 nur noch 15 200.

Eine weitere Krisenursache war die extensive Rationalisierung in der Industrie in der zweiten Hälfte der 20er-Jahre. Die Produktivität stieg. Zwar sanken die Löhne nicht, wohl aber die Zahl der Beschäftigten und damit die Nachfrage. Die Schere zwischen Kaufkraft und Produktivitätssteigerung öffnete sich immer weiter und damit fielen all die großen und irrealen Erwartungen, die zum Aufstieg der Börsen beigetragen hatten, in sich zusammen. Verkaufsausfälle, sinkende Absatzzahlen und Entlassungen – die Konsumkurve sank, die Zukunftsprognosen verschlechterten sich. Dann investierte Wall Street nicht mehr. Der Zirkel war geschlossen.

Die Schlangen der Arbeitslosen vor den Suppenküchen wurden länger. Vor 1933 gab es noch keine Arbeitslosenstatistiken, aber aus den Zahlen privater Organisationen und der Kommunen ergibt sich eine Arbeitslosigkeit, die unter Präsident Hoover von 3,2 Millionen im Januar 1930 auf 13,25 Millionen im April 1933 stieg, um dann langsam zu fallen.

Hoover hatte anfangs versichert, die Depression bestehe nur in der Fantasie. Er appellierte an die Unternehmer, keine Arbeiter zu entlassen und die Löhne nicht zu kürzen, denn Arbeit sei keine Ware, und die größten Schocks sollten die Gewinne, nicht die Löhne treffen. Doch während der Präsident einen Fonds auflegte, der Konzernen, Banken und Versicherungen günstige Kreditschöpfungsmöglichkeiten bot, und auch der Farm Board den Bauern großzügige Kredite gab und Weizenexporte subventionierte, beschwor er die Gefahren, die eine direkte Hilfe für Arbeitslose mitsichbringen würden. Die sozialpolitischen Maßnahmen, die er ergriff, beschränkten sich auf die Unterstützung öffentlicher Arbeiten nach dem Vorbild des englischen Almosensystems aus der Zeit von Königin Elizabeth I. Hatte Hoover vor der Wahl jedem amerikanischen Bürger zwei Autos in der Garage versprochen, erfuhren diese nun im Grunde dieselbe Behandlung wie die Armen im England des 16. Jahrhunderts.

Die Hoover-Regierung wartete vergeblich auf ein Ende der Depression. Nach vier Jahren entschieden sich die Wähler für Franklin D. Roosevelt. Von März bis Juni 1933 erließ der neue Präsident eine Welle von Gesetzen zur Regulierung der Märkte, gefolgt von einem steten Strom von Maßnahmen, die die Wirtschaft stabilisieren sollten.

Zunächst nahm sich Roosevelt der Bekämpfung unsolider Banken an. Ihr Widerstand gegen die Reformen wurde durch die öffentliche Anhörung der Banking and Currency Commission gebrochen, die auch den letzten Winkel der Wall Street durchleuchtete und nicht allein geschäftliche Gaunereien und Schiebereien aufdeckte, sondern den Granden der Wall Street auch Steuerhinterziehung nachwies – etwas, wofür die Amerikaner kein Verständnis aufbrachten. Die Finanzmarktreform mit der Einrichtung der Börsenaufsicht (Securities and Exchange Commission – SEC) und der Einführung des Trennbankensystems (Glass-Steagall-Act) führte dazu, dass es Jahrzehnte dauern sollte, bevor es wieder zu Bankenskandalen kam.



FRANKLIN D. ROOSEVELT / FRÖHLICHES TREIBEN IN DER GROSSEN DEPRESSION: BEIM TENNESSEE VALLEY PROJECT ENTSTAND DAS FREIZEITGELÄNDE BIG RIDGE STATE PARK

Am 18. Mai 1933 unterzeichnete der Präsident das Gesetz zur Gründung der Tennessee Valley Authority. Damit entschied er die Frage, ob die öffentliche Hand auch Energieversorger sein darf. Roosevelt hatte schon als New Yorker Gouverneur die Position vertreten, dass Energieversorgung nur unter einer Bedingung in privater Hand bleiben darf: Es müsse gewährleistet sein, dass die Kunden nur den niedrigsten Preis zahlen müssten, der den Investoren noch einen fairen Ertrag ermögliche. Dieses Prinzip sollte nach seiner Amtsübernahme mit dem Public Utility Holding Act 1936 Leitkurs der amerikanischen Energieversorger werden, deren Preise bis zum Beginn der Ära Bush sen. in den meisten Bundesstaaten nach diesem Prinzip kontrolliert wurden.

Das Staudammprojekt am Tennessee, das gegen Klagen privater Stromversorger durchgesetzt wurde, war ein Großprojekt, das mehrere Flüsse und Täler umfasste und nach neuesten Erkenntnissen geplant und «mit der Natur, nicht gegen sie» gebaut wurde. Strom und Wasser sollten vor allem den Gemeinden, den Bürgern und Bauern zugute kommen, die sich sonst die Leitungen nicht hätten leisten können.

Neben diesen und ähnlichen Großprojekten fanden auch Vorschläge für das direkte staatliche Eingreifen bei der Festlegung von Löhnen, Produktion und Beschäftigung Zustimmung und zwar sowohl in der Geschäftswelt als in der Arbeiterschaft. Diese mussten Mindestlöhnen und den im Umfang begrenzten Produktionsvolumina zustimmen, welche die «unfaire Konkurrenz» beenden sollten. Die Instrumente der National Recovery Administration bestanden einerseits in der Verkürzung der Arbeitszeit und der Erhöhung der Löhne durch Anerkennung der Tarifhoheit der Gewerkschaften (Labor Relations Act, Wagner Act), andererseits in der Verschonung der Unternehmer von Anti-Trust-Gesetzen. Sie konnten sich nun zusammenschließen, um Preise abzusprechen. Die Agricultural Adjustment Administration (AAA) unterstützte die Landwirtschaft durch die Drosselung der Produktion, um die Preise auf den

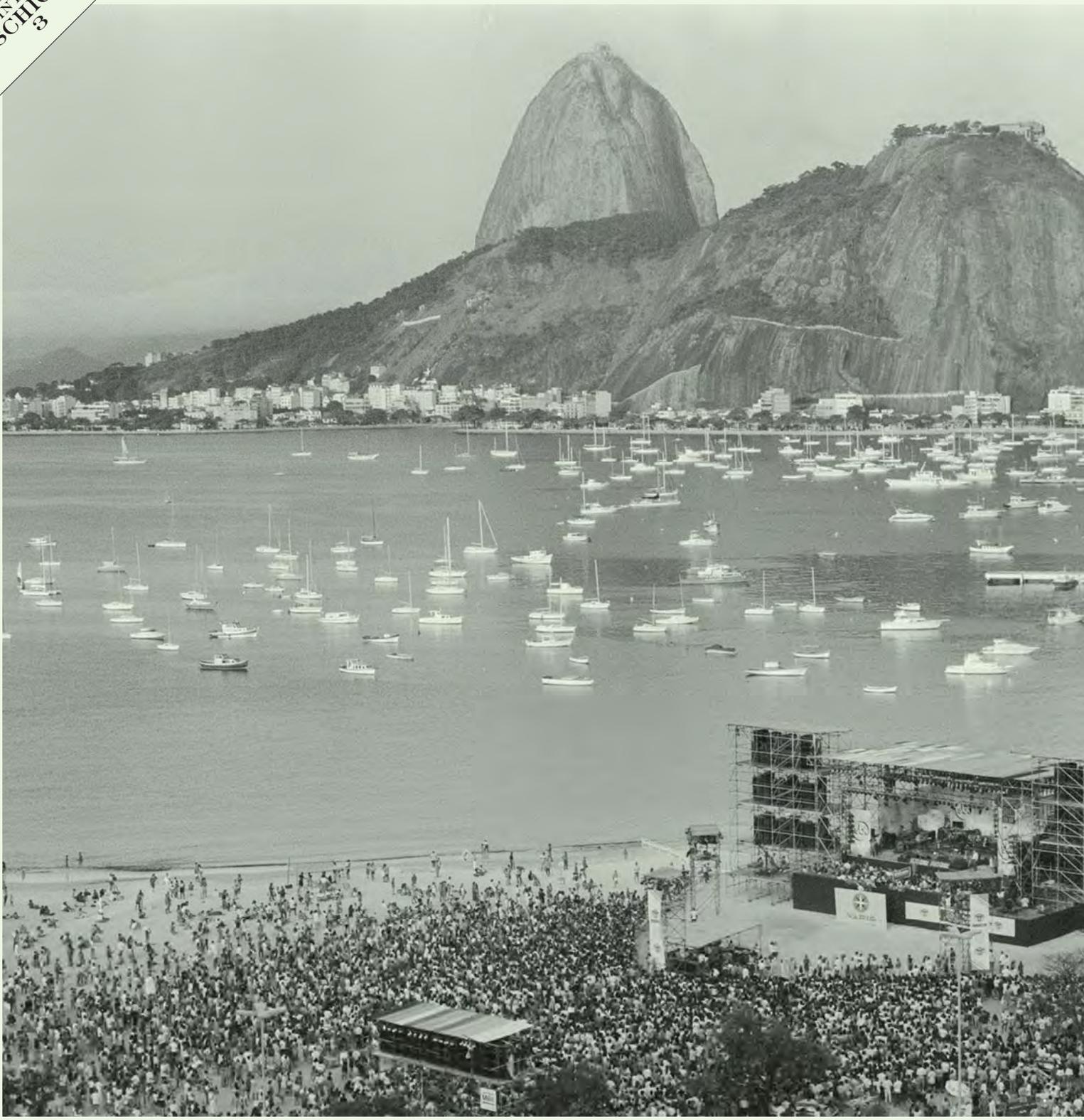
Lebensmittelmärkten heraufsetzen zu können. Und sie erhob Steuern auf die lebensmittelverarbeitende Industrie, die den Bauern in Form von Boni transferiert wurden.

Roosevelts Maßnahmen wurden zwar vom Kongress befürwortet, aber die Gerichte erschwerten die Durchführung. Im Januar 1935 erklärte das Oberste Gericht einen Teil der New Deal-Gesetze für verfassungswidrig. Von Januar 1935 bis Mai 1936 verwarf es weitere elf Gesetze (darunter die Mindestlohnregelung und die Höchstarbeitszeit). Auch Teile des Agricultural Adjustment-Gesetzes, mit dem der Nichtanbau von Gütern wie Baumwolle, Weizen, Reis und Tabak prämiert und Verarbeitungsbetrieben eine Steuer auferlegt worden war, erklärte es für verfassungswidrig.

Die USA waren damit aus einer Wirtschaftskrise in eine Verfassungskrise geraten. Im November 1936 wurde Roosevelt mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Inzwischen hatten sich jedoch die Mehrheiten verändert. Eine Reihe der höchstrichterlichen Anti-New-Dealer trat zurück, andere starben und Roosevelt konnte das Gericht mit neuen, freundlicher gesinnten Richtern besetzen. Sein New Deal fand in der Folge auch auf Seiten der Justiz die notwendige Unterstützung – staatliche Kompetenzen wurden auf allen Ebenen gestärkt, Eingriffe des Bundes in die Wirtschaft bildeten keinen Tabubruch mehr, sondern eine von allen gesellschaftlichen Gruppen erwünschte Unterstützung des Gemeinwohls.

Die Volkswirtschaft der USA hatte nicht an Knappheit gelitten, sondern an einer Überproduktion, die zur Verschwendung von Ressourcen geführt hatte. Der New Deal war eine Lösung für die ökonomischen Probleme. Doch die Ideen des New Deal gingen darüber hinaus: Man findet in ihnen auch die Handschrift der amerikanischen Naturschutzbewegung¹. Der New Deal: also ein gutes Vorbild für einen Green New Deal? ■■■

¹ Präsident Franklin D. Roosevelt ließ viele von seinem Vetter Theodor Roosevelt gegründete Nationalparks ausbauen und führte Jagdscheine ein, um die Wildpopulation vor dem Aussterben durch unregelmäßigen Abschuss zu bewahren.



Fotos (l-r): AVANIR NIKO/AFP/Getty Images; ANTONIO SCORZA/AFP/Getty Images; SIMON MAINA/AFP/Getty Images



Unter Beobachtung. Die Umweltkonferenzen der Politiker finden stets im Licht und unter Druck der Öffentlichkeit statt. In Rio de Janeiro sind zur Eröffnung des Weltgipfels am 30.5.1992 Hunderttausende zusammengeströmt, die Beratungen der NGOs verlaufen parallel zu denen der Politik. / Journalisten fragen William Reilly, Direktor der US-Environmental Protection Agency, nach den Taten der USA gegen den Klimawandel. / Und US-Senator Barack Obama darf 2004 der Umweltaktivistin und ersten afrikanischen Nobelpreisträgerin Wangari Maathai bei ihrem Kampf gegen die Versteppung helfen, einen Baum zu pflanzen. Doch die Zeiten symbolischer Aktionen sind vorbei, bei der UN-Konferenz in Kopenhagen Ende November 2009 wird der entscheidende Durchbruch in der globalen Klimapolitik erwartet.

Ein halbes Jahrhundert Umweltpolitik

MIT IHREM BUCH BEGANN DIE AMERIKANISCHE UMWELTBEWEGUNG: RACHEL CARSON.



Meilensteine auf dem Weg zum Green New Deal

Auflebendes Bewusstsein

- 1952 Nobelpreis für Albert Schweitzer («Ehrfurcht vor dem Leben»)
- 1962 Rachel Carson: «Silent Spring» (Der stumme Frühling). Mit dem Erscheinen dieses Buches begann die US-amerikanische Öko-Bewegung.
- 2004 Nobelpreis für Wangari Maathai («Waldschutz»)
- 2007 Nobelpreis für IPCC («Klimawandel») und Al Gore («Klimaschutz»).

Folgenreiche Umweltkatastrophen

- 1976 Seveso. Schwerer Störfall durch Emission des hochgiftigen Stoffes TCDD mit gravierenden gesundheitlichen Schäden (Chlorakne); gesetzliche Konsequenzen: Störfallverordnung, Chemikaliengesetz, Seveso-Richtlinie.
- 1984 Bhopal. Freisetzung von Methylisocyanat mit schweren Schädigungen von Mensch und Tier.
- 1986 Tschernobyl. Die nukleare Umweltkatastrophe führte zu einer weltweiten Re-Aktivierung der Anti-Atom-Bewegung.

Bedeutende internationale Beschlüsse

- 1972 Erste UN-Umweltkonferenz in Stockholm. Globales Erwachen. Gründung des UN-Umweltprogramms (UNEP); Bericht an den Club of Rome: «Limits to Growth» (Grenzen des Wachstums). Das Buch über Ressourcenverknappung und ökologische Grenzüberschreitung war nicht nur in Deutschland ein Bestseller.
- 1982 UN-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro. Ratifizierung des globalen Reformwerks «Agenda 21» und Annahme bedeutender UN-Konventionen (Klima, Biodiversität, Wüstenausbreitung, Chemikalien) mit vertraglicher Verankerung des Nachhaltigkeits- und des Gerechtigkeitsprinzips.
- 1987 Montreal. Protokoll zur Drosselung, später zum Ausstieg aus Produktion und Nutzung der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW); historisch der Beginn des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft.
- 1994 Reform der wichtigsten Umweltfinanzinstitution (Globale Umweltfazilität – GEF II), Einrichtung der Kommission zur Nachhaltigen Entwicklung (CSD).
- 1997 Vereinbarung und Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz.

Effektive Gesetze

- 2000 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Urfassung und Novellierung. Erfolgreichste institutionelle Innovation für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung.
- 2008 Angepasste Übernahme des EEG in mehr als fünfzig Ländern.

Zusammengestellt von Udo E. Simonis

AUFRÄUMARBEIT IN SEVESO. DIE EXPLOSION IN EINEM CHEMIEWERK SETZTE DIOXINE FREI UND ERFORDERTE DIE EVAKUIERUNG DER MENSCHEN AUS DER GESAMTEN REGION.



UMWELTKONFERENZ IN RIO. DIE «AGENDA 21» WURDE HIER RATIFIZIERT.



DAS ERNEUERBARE-ENERGIENGESETZ (EEG) FÜHRTE ZU EINEM ERSTEN BOOM DER SOLAR-INDUSTRIE.



Made in America

VON ARNE JUNGJOHANN

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, BÜRO WASHINGTON

Obama will die USA ökologisch modernisieren, die Wirtschaft ist längst dabei

Dieser Tage staunt man nicht schlecht als Europäer in Washington. Da wird ein Konjunkturprogramm von rund 790 Milliarden Dollar just in dem Land angeschoben, in dem den Märkten noch immer grundsätzlich viel zugetraut, dem Staat aber gerne misstraut wird. Und während im deutschen Konjunkturpaket die einzig umweltrelevante Maßnahme eine zweifelhafte Abwrackprämie für Altautos ist, werden in den USA schon bald Milliarden in die ökologische Modernisierung des Landes investiert. Verkehrte Welt?

Schon im Wahlkampf hat Barack Obama die ökologische Innovation und den Umbau des Energiesystems ins Zentrum seiner innenpolitischen Agenda gerückt. Statt in Zeiten der Wirtschaftskrise den Umweltschutz hintanzustellen, denkt die neue US-Administration die wirtschaftliche mit

der ökologischen Modernisierung zusammen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. So sind im Konjunkturpaket insgesamt mehr als achtzig Milliarden Dollar für die Ökologisierung der Infrastrukturen vorgesehen: 18 Milliarden für den Ausbau der Energienetze, mehr als 22 Milliarden für Altbausanierung und Energieeffizienz, 16 Milliarden für die Bahn und mehr als 20 Milliarden für erneuerbare Energien.

Doch Geld allein wird für einen echten Strukturwandel nicht ausreichen. In einem atemberaubenden Tempo hat Obama in den ersten vier Wochen seiner Amtszeit per präsidentialer Vollmacht die Umweltbehörde EPA gestärkt und den Bundesstaaten grünes Licht dafür gegeben, strengere Verbrauchsstandards für PKWs einzuführen. Die harten Auseinandersetzungen über Amerikas grünen Kurs stehen allerdings noch bevor. Zwar verfügen die Demokraten in beiden Kammern des Kongresses über eine Mehrheit, doch werden Debatten zur Einführung einer erneuerbaren Energienquote, zum Aufbau des Emissionshandels oder zur Beteiligung der USA an einem internationalen Klimavertrag auch im demokratischen Lager höchst kontrovers diskutiert.

Und was macht die Wirtschaft? Kalifornien hat schon zu Zeiten der Bush-Regierung die Grüne Revolution ausgerufen. Das Start-up-Unternehmen Project Better Place hat das so einfache wie brillante Konzept entwickelt, Elektroautos wie Handys zu vermarkten: verkauft werden Strom und Batterien über die Vertragslaufzeit, das Auto von Nissan gibt es fast für lau dazu. Israel, Dänemark und Hawaii werden als Pioniermärkte ab 2011 in Angriff genommen.

Keine fünf Meilen von Project Better Place entfernt investiert der Web-Riese Google Millionen in die intelligente Nutzung erneuerbarer Energien. Den Mitarbeitern wird ein Bonus beim Kauf eines Plug-in-Hybrids gezahlt. Über Nacht werden die Batterien der Fahrzeuge aufgeladen,

tagsüber der überschüssige Strom aus den Autos zurück ins Netz gespeist. Der Verkauf zur nachfragestarken Mittagszeit beschert Google nicht nur gute Umsätze, sondern hilft dabei, das oft überlastete kalifornische Stromnetz zu stabilisieren.

Aber es sind nicht nur die üblichen Verdächtigen aus dem Silicon Valley, die von sich reden machen. Der Öl-Milliardär T. Boone Pickens plant massive Investitionen in Windkraft, um die Abhängigkeit von Ölimporten zu reduzieren. Der Republikaner will einen Wind-Korridor errichten, der sich von der kanadischen Grenze bis nach West-Texas zieht. Dass dabei gutes Geld zu verdienen ist, steht außer Frage. Schon heute speisen Windfarmen in Texas den Strom fast zum Nulltarif ins Netz, weil die Windlage so ertragreich ist und die Anlage über die Steuererstattung der Investition bereits gegenfinanziert wurde.

Nach acht Jahren umweltpolitischer Durststrecke ist die grüne Aufbruchstimmung in den USA mit den Händen greifbar. Das Investitionspaket mit seinen Milliarden für grüne Infrastrukturen wird von vielen aus der Umweltbewegung schon jetzt als historischer Meilenstein gefeiert. Die Mischung aus viel Geld, neuem politischen Willen und einer kreativen *business community* legt den Grundstein für ein grünes Amerika. ■■■



**«Walk the talk! Den Mut haben,
Krise und Strukturwandel gemeinsam
anzugehen.»**

Gerd Rosenkranz sprach mit der Spitzenkandidatin
von Bündnis 90/Die Grünen **Renate Künast**

Frau Künast,

im Krisenmanagement der Bundesregierung kommen Umwelt und Klimaschutz faktisch nicht vor. Wird die Weltwirtschaftskrise auch zu einer Konjunkturkrise für die Umweltpolitik?

Jedenfalls kommt es mir vor, als würde ein Vorhang gelüftet und es erscheint eine Bundesregierung ohne Konzept und ohne Ziel. Früher galt ja gerade der Kanzlerin Klimaschutz als zentrales Politikfeld. Davon findet sich im Krisenmanagement der Regierung nichts wieder.

Greift die Regierung nicht nur eine verbreitete Stimmung auf, die lautet: Jetzt geht es um Arbeitsplätze, alles andere muss angesichts der Dimension der Krise warten?

Aber eine solche Reaktion missachtet die Gesetze der Naturwissenschaften. Der Klimawandel macht ja keine Pause, weil wir uns in eine Finanzkrise manövriert haben. Es ist ein fundamentaler Fehler, Klima- und Wirtschaftskrise gegeneinander auszuspielen. Beides gehört zusammen. Wer heute Geld für den Erhalt von Arbeitsplätzen in die Hand nimmt, wird morgen bereuen, wenn er daran nicht ökologische Bedingungen geknüpft hat.

Wirtschaftswissenschaftler plädieren dafür, Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und solche zur Beschleunigung des Strukturwandels auseinanderzuhalten.

Das halte ich für kurzsichtig. Natürlich wirken strukturverändernde Eingriffe nicht von heute auf morgen. Aber jede Stützung der Konjunktur muss eine zweite Dividende erbringen – für Ökologie, Klima und Ressourcenschutz. Die chemische Industrie hatte mit ihrer Pestizidlastigkeit ja schon vor der Krise Probleme. Da müssen die nun neue Schwerpunkte setzen. Die Autoindustrie muss Autos bauen, die die Leute auch noch kaufen können, wenn das Barrel Öl im nächsten Aufschwung 200 Dollar kostet. Sonst sind die Arbeitsplätze spätestens dann weg.

Immerhin, die Regierung nimmt für die energetische Gebäudesanierung erheblich mehr Geld in die Hand.

Das ist ja richtig, bleibt aber gleichzeitig halbherzig, weil es nicht abgesichert ist durch klare Energieeffizienzstandards, insbesondere für den Gebäudebestand. Man muss den Mut haben, die Mieter mit entsprechenden Rechten auszustatten, wenn die Vermieter nicht von sich aus Wärme dämmen. Das würde Arbeit schaffen und die Kosten für die Warmmiete dämpfen. Das wäre dann kein Strohfeuer, sondern eine echte Richtungsänderung.

Ihre Partei zog im Einheitsjahr 1990 unter der Parole «Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter» in den Bundestagswahlkampf.

Das Ergebnis ist bekannt. Droht eine Neuauflage? «Alle reden von der Wirtschaft, wir reden vom Klima»?

Wie die meisten Menschen lernen auch die Grünen aus Fehlern. Klimaschutz ist eine absolute Notwendigkeit. Aber es gibt ja noch eine andere Dimension. Selbst der Unternehmensberater Roland Berger kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Zahl der heute schon 1,8 Millionen Umwelarbeitsplätze bis 2020 verdoppeln lässt. Die Grünen zeigen, wie man das erreicht. Bei den erneuerbaren Energien und in der ökologischen Landwirtschaft haben wir das schon bewiesen. Jetzt nehmen wir uns die Chemiebranche, die Automobilindustrie und den Maschinenbau vor.

Die Grünen als Wirtschaftspartei, das wäre ja mal was Anderes.

Das liegt gar nicht so fern, wie Sie meinen. Es gibt in Deutschland eine Wirtschaftspartei für die Besserverdiener, eine andere zum Erhalt der alten Strukturen und schließlich eine zur Sicherung sinnloser Subventionen. Wir sind die Partei, die auf eine nachhaltige, klimaverträgliche Wirtschaftspolitik für die mittlere und lange Sicht setzt. Da füllen wir eine Lücke.

In der Krise ändert sich das Verhältnis von Politik und Wirtschaft. Die Wirtschaft kommt als Bittsteller und eröffnet der Politik ungeahnte Gestaltungsmöglichkeiten ...

... ja, Möglichkeiten, nur nutzt die Bundesregierung sie nicht. Die Rettungspakete werden in den Bankzentralen entworfen, die sie erst notwendig gemacht haben. Und in großen Anwaltskanzleien, die von der Industrie dafür bezahlt werden. So sieht das Primat der Politik derzeit aus. Die Politik der Regierung orientiert sich zu wenig am Gemeinwohl, sie muss aufhören, die Autorenschaft für Zukunftsgesetze in die Hände derjenigen zu legen, die in der Automobilindustrie, bei der Chemie oder in der Energiewirtschaft immer nur weitermachen wollen wie bisher. Das derzeitige Krisenmanagement läuft darauf hinaus, dass wir der jungen Generation Schulden in beispielloser Dimension hinterlassen und sie dafür nicht einmal eine modernisierte Wirtschaft erhält.

US-Präsident Barack Obama stellt sich hin, nennt die Krise eine Chance und alle sind begeistert. Warum ist so etwas in Deutschland undenkbar?

Auch Barack Obama ist kein Wunderheiler. Aber er hat den Mut, Krise und Strukturwandel zusammenzudenken. Da spielt er in einer anderen Liga als die Bundesregierung. Er hat im Wahlkampf Wechsel und Neubeginn versprochen. In den USA gibt es die Aufforderung «Walk the Talk!» Angela Merkel tut nicht, was sie sagt, sondern macht Versprechungen für das Jahr 2050. Das ist der Unterschied.

Hand aufs Herz, ist das tatsächlich vorrangig eine Frage der Regierung? Oder reagieren die Deutschen auf Krisen einfach anders als die Amerikaner?

Der Eindruck, dass drüben etwas Anderes geschieht als hier, trägt ja nicht. Trotzdem bin ich erst überzeugt, wenn Obama sich auch durchsetzt gegen die Beharrungskräfte im eigenen Land, etwa im Zusammenhang mit dem Kyoto-Folgeprotokoll. In Deutschland brauchen wir eine gesellschaftliche Debatte über die Wirtschafts- und die Klimakrise. Das kann die Politik nicht alleine. Ich halte es für wichtig, in diesem Wahljahr auch die Grundprämissen unseres Lebens und Wirtschaftens zu thematisieren. Wie wollen wir in Zukunft leben? Wie schaffen wir es, nicht länger auf Kosten der Jungen zu leben und auf Kosten derjenigen, die am anderen Ende des Globus schon heute die Folgen unserer Lebensweise zu spüren bekommen? ■■■

«ERENE» – ein Deal, bei dem alle gewinnen

VON MICHAELE SCHREYER
EHEMALIGE EU-KOMMISSARIN

Stimulus für eine nachhaltige Energieversorgung in Europa

Eindringlicher, aber auch ermutigender hätte das Plädoyer von Al Gore auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos für einen «Green stimulus» nicht ausfallen können: ein Plädoyer für Maßnahmen, weltweit die Energieversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen. Konkret hieß das bei Al Gore, ein umspannendes intelligentes Stromnetz zu schaffen, mit dem sauberer Strom zum Beispiel aus den sonnigen Staaten des amerikanischen Südwestens und aus den Windkorridoren der Bergregionen zu den großen Städten und den Orten des Verbrauchs transportiert wird. Ein Stromnetz, das in der Lage ist, Nachfrage wie Angebot effizient zu managen.

Es ist genau diese Idee, die auch «ERENE» (Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien) zugrundeliegt. Europas Reichtum ist seine Vielfalt. Auch im Energiebereich. Aufgrund seiner klimatischen, geologischen, hydrologischen Vielgestaltigkeit verfügt Europa über alle erneuerbaren Energiequellen: Wind, Wasser, Sonne, Erdwärme, Biomasse. Aber natürlich sind diese räumlich nicht gleich verteilt, sondern in regional unterschiedlichen Konzentrationen und Kombinationen anzutreffen – mit dem höchsten Potenzial für Wasserkraft in Skandinavien und den Zentralalpen, für Solarkraftwerke in den Mittelmeerstaaten, Geothermie im Südosten Europas, für Windkraft entlang den Küsten und mit den höchsten Biomassepotenzialen im Norden und Nordosten.

Zusammen, so die detaillierte Analysen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, verfügen die Mitglieder der Europäischen Union, dazu Norwegen, Island und die Schweiz, über ein Potenzial an grünem Strom, das erheblich größer ist als der gesamte heutige und wohl auch



zukünftige Strombedarf. Es ist Europa also möglich, den Strombedarf vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken.

Bisher wird in der EU nur ein kleiner Teil dieses Potenzials genutzt. Im Jahr 2005 waren es im Durchschnitt gerade mal zehn Prozent. Auch wenn seither das Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energiequellen stieg, ist klar: Europa beginnt gerade erst, seine eigenen reichhaltigen erneuerbaren Energiequellen zu nutzen.

Die EU hat nun beschlossen, dass bis zum Jahr 2020 der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch zwanzig Prozent erreichen soll. Das ist erfreulich. Durch nationale Aktionspläne sollen die jeweiligen Ziele erreicht werden. Den Mitgliedstaaten jedoch, die vorangehen und all ihren Strom aus erneuerbaren Energiequellen decken wollen, soll mit «ERENE» diese Möglichkeit gegeben werden.

Diese neue Gemeinschaft muss also die Kompetenz haben,

- durch die Förderung von Forschung,
- den Bau von Demonstrationsanlagen,
- der Gründung gemeinsamer Unternehmen,
- der Entwicklung eines gemeinsamen Fördersystems für Investitionsanreize

zur Errichtung eines europäischen Verbundnetzes beizutragen und so einen Binnenmarkt für erneuerbare Energien zu schaffen.

«ERENE» wäre ein *Deal* zwischen Staaten der Energie-Avantgarde. Ein *Deal* zwischen denjenigen, die über weit mehr Potenzial für die Erzeugung von grünem Strom verfügen, als sie selbst brauchen, und denen, die das Ziel des vollständigen Umstiegs nicht, zumindest nicht ökonomisch erreichen können. Ein *Deal*, in denen die einen das Know-how, die industrielle Kapazität oder die Finanzen einbringen und andere ihre erneuerbaren Energiequellen. Es ist ein *Deal*, bei dem alle gewinnen: mehr Energiesicherheit, wachsende Unabhängigkeit von den fossilen Ressourcen mit schwankenden und im Trend steigenden Preisen, moderne Technologien, zukunftsträchtige Arbeitsplätze und eine Verringerung der immensen Risiken des Klimawandels.

«ERENE» – das könnte ein faszinierendes Modellprojekt, ein «grüner Stimulus» in Europa sein, ein Projekt mit hoher Rendite, das konjunkturelle Impulse mit einem ökologischen Strukturwandel verbindet und das die großen Vorteile gemeinsamen europäischen Handelns nutzt. Der Wettbewerb um die besten grünen Ideen wurde von den USA jetzt eröffnet. Mit «ERENE» könnte Europa die Nase vorn behalten. ■■

Download der Studie: www.boell.de/erene

Grüne Streifen am Horizont

VON ACHIM STEINER

DIREKTOR DES UN-UMWELTPROGRAMMS

Das Konzept «Global Green New Deal», welches das UN-Umweltprogramm (UNEP) im Oktober 2008 auf den Weg gebracht hat, ist eine direkte Reaktion auf die aktuelle Wirtschafts- und Beschäftigungskrise. Wenn die Konjunkturprogramme des Green New Deal jedoch klug eingesetzt werden, könnten sie weit reichende Transformationsprozesse auslösen und Voraussetzungen für die dringend benötigte nachhaltige «Grüne Wirtschaft» des 21. Jahrhunderts schaffen. Zum Stand der Dinge.

Weltweit wurden zur Bekämpfung der aktuellen Krise 2,5 bis drei Billionen Dollar mobilisiert. Zusammen mit den Billionen Investorengeldern, die in den Depots darauf warten, gewinnbringend eingesetzt zu werden, bieten sie eine Chance, die noch vor einem Jahr undenkbar gewesen wäre: die Chance, einen effizienten und intelligenten Kurs einzuschlagen, der nicht nur die Probleme von heute, sondern auch die sich abzeichnenden Bedrohungen – Klimawandel, Ressourcenknappheit, Biodiversitätsverluste, Wassermangel – angeht.

In den USA will Präsident Obama mit einem großen Teil seines 825-Milliarden-Dollar-Konjunkturpakets erneuerbare Energien ankurbeln, Eigenheime wärmedämmen und das ineffiziente Stromversorgungsnetz des Landes verbessern. Damit könnten schätzungsweise fünf Millionen sogenannte *Green-Collar-Jobs* geschaffen und ein Motivationsschub für die Bauwirtschaft und die Technikbranche ausgelöst werden. Zugleich würde Amerika wieder an die Aufgabe herangeführt, ernsthaft den Klimawandel zu bekämpfen und Energiesicherheit herzustellen.

Auch Südkorea, das zum ersten Mal seit gut fünf Jahren Arbeitsplätze verliert, hat jenseits der trostlosen Konjunktur den «grünen Streifen am Horizont» ausgemacht. Die Regierung von Präsident Lee Myung-Bak will 38 Milliarden Dollar in ein Beschäftigungsprogramm investieren, das die Reinigung der vier wichtigsten Flüsse des Landes und die Verringerung von Katastrophenrisiken durch den Bau von Uferverstärkungen und Wasseraufbereitungsanlagen vorsieht. Zu den Elementen dieses Green New Deals gehört zudem der Aufbau umweltfreundlicher Verkehrsnetze. Ein Hochgeschwindigkeitszug und Hunderte Radwegkilometer sind geplant sowie die Erzeugung von Energie aus dem auf Abfalldeponien entstehenden Methangas. Das kurz- wie langfristig ausgerichtete Maßnahmenpaket umfasst auch Investitionen in die Autoindustrie zur Weiterentwicklung der Hybridfahrzeugtechnik.

Ähnliche Beschäftigungspakete im Sinne eines Green New Deal wurden in China, Japan und Großbritannien geschnürt. Wichtig sind solche Maßnahmen auch für sich entwickelnde Volkswirtschaften wie Kenia oder Laos – nicht nur für den Arbeitsmarkt, sondern auch zur Armutsbekämpfung und zur Schaffung neuer Erwerbsquellen in Zeiten ungewisser Rohstoffpreise und -exporte.

Auch in Südafrika hat die regierungsgestützte Initiative *Working for Water* mit ihren gut 30 000 Beschäftigten erkannt, welche Chancen die Krise birgt. Das Land wendet jährlich sechzig Millionen Dollar für die Bekämpfung invasiver, gebietsfremder Pflanzenarten auf. So sollen Bäume und Sträucher wie die nichteinheimische Akazie zurückgedrängt werden, weil sie eine Gefährdung der einheimischen Tierwelt, von Wasservorräten, Ackerland und der wichtigen Touristenziele darstellt. Die «Ernte» dieser invasiven Pflanzen stellt vierzig Millionen Tonnen Brennstoff für Kraftwerke bereit und entsprechen rund 5000 zusätzliche Arbeitsplätze und ca. 500 Megawatt neu gewonnenen Strom – dies entspricht zwei Prozent des landesweiten Elektrizitätsbedarfs.

Es zeigt sich, dass einige Länder Umwelteinvestitionen bewusst als Chancen für einen Wiederaufschwung betrachten. Andere sind unsicher, ob sich Investitionen in Ökosystemleistungen wie die Kohlenstoffeinlagerung in Wäldern oder in erneuerbare Energien für die achtzig Prozent der Bevölkerung Afrikas, die ohne Stromversorgung leben, auszahlen. Wieder andere wissen einfach nicht, wie sie auf den Zug aufspringen können.

Anfang Februar hatte die UNEP einige Wirtschaftswissenschaftler zum Sitz der UNO in New York eingeladen. Dort wurde eine Strategie für einen Global Green New Deal ausgearbeitet, der auf die unterschiedlichen nationalen Herausforderungen reagieren und Regierungschefs wie Ministern aus aller Welt helfen soll, Konjunkturprogramme zu entwickeln, die an mehreren Fronten parallel auf die Probleme antworten.

Wenige Tage später wurden diese Empfehlungen den über hundert Umweltministern vorgestellt, die auf der Ratssitzung der UNEP und dem globalen Umweltforum in Nairobi anwesend waren. Ihre Reaktionen zeigen, dass der GND Fahrt aufnimmt.

Auf die Frage, warum Großbritannien ausgerechnet in Rezesionszeiten in Windkraft und Elektroautos investiert, bekannte sich Premierminister Gordon Brown klar zum Rettungsboot des Global Green New Deal: «Die Umwelt», so Brown, «ist Teil der Lösung.» ■■■

Übersetzung: Andreas Bredenfeld

Chinas Konjunkturprogramm – und was wir darüber wissen

VON BARBARA UNMÜSSIG

China mit seinem gigantischen Binnenmarkt, seiner Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen und den weltgrößten Währungsreserven in Höhe von fast 1,6 Billionen Euro gilt als besser gewappnet gegen die Folgen der Finanzkrise als alle anderen Schwellenländer. Binnen dreißig Jahren zu einer der größten Wirtschaftsnationen aufgestiegen, ist das Land eine der tragenden Säulen der Weltwirtschaft geworden. Wie stark ist Chinas Wirtschaft nun tatsächlich von der Krise betroffen und welche Maßnahmen ergreift die Regierung?

Kursstürze an der Börse und heftige Verluste seiner milliarden-schweren Anlagen bei US- und EU-Banken zeigen: Auch China war in riskante Geldgeschäfte auf den internationalen Finanzmärkten involviert. Der größte Teil der chinesischen Devisenreserven ist in relativ sichere US-amerikanische Schuldverschreibungen angelegt. Die staatliche Kontrolle des Kapitalverkehrs, die solide Finanzierung der Banken und der meisten Unternehmen hat Schlimmeres verhindert.

Gleichwohl bekommt China die Finanzkrise massiv zu spüren. Der Einbruch der Nachfrage aus den USA hat Chinas Exportsektor hart getroffen, und der ist für vierzig Prozent des chinesischen Bruttoinlandsprodukts verantwortlich. «Es sind Chinas ineffizientes Wachstumsmodell und die unausgeglichene ökonomische Struktur, die die Wirtschaft der Volksrepublik verwundbar machen», sagt Yu Yongding, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und -politik an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Jetzt besteht die Chance, diese überfällige Umstrukturierung voranzutreiben, den Binnenmarkt auszubauen und eine höhere Wertschöpfung in der Exportproduktion ins Auge zu fassen.

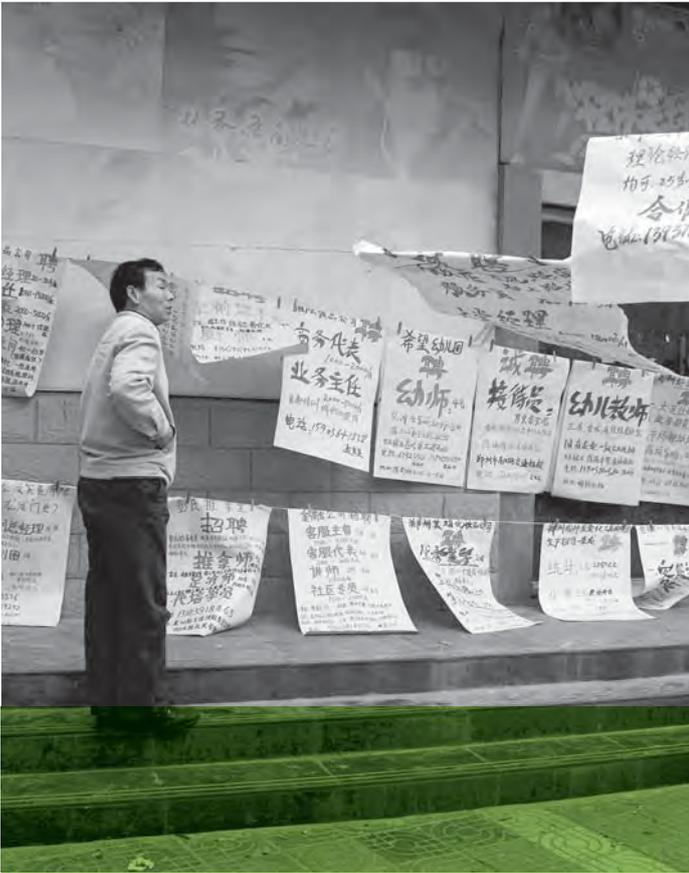
Mitte März hat die Weltbank die Wachstumsprognosen für Chinas Wirtschaft erneut nach unten korrigiert, auf nur noch 6,5 Prozent. Auch die chinesische Führung setzt nicht mehr auf Wachstumsraten im zweistelligen Bereich, doch verspricht sie für 2009 einen Anstieg des BIP um acht Prozent. Das braucht China, um zusätzliche Jobs zu schaffen. Die Arbeitslosigkeit in den Städten liegt offiziell bei 4,2 Prozent, andere Quellen gehen von neun bis zwölf Prozent aus. 1,5 Millionen Universitätsabgänger sind ohne Arbeit und sieben Millionen weitere werden 2009 auf den Arbeitsmarkt drängen. Vor allem aber haben nach offiziellen Angaben 26 Millionen Wanderarbeiter ihre Beschäftigung in den Fabriken für Exportgüter verloren und finden in ihren Dörfern nun keine Lebensgrundlage mehr. Das gefährdet den sozialen Frieden. Schon im letzten Jahr gab es gewaltsame Proteste vor den Fabriken.

In den Boomjahren wurde zu wenig in die Landwirtschaft und Infrastruktur auf dem Land investiert. Millionen Bauern haben Ackerland an Industriezonen verloren, oft ohne dafür angemessen entschädigt zu werden. Die Verseuchung von Boden und Wasser, Erosion und Überschwemmungen sind weitere Probleme. Die Führung unter Hu Jintao hat seit 2005 die Entwicklung der ländlichen Regionen betrieben, die Bauern von Steuern befreit und Gebühren für die neunjährige Pflichtschule abgeschafft. Jetzt aber kommt die Wirtschaftskrise auf dem Land als Krise der Kaufkraft an, da Millionen von Wanderarbeitern weniger oder gar kein Geld mehr nach Hause schicken können.

Die Aktion «Haushaltsgüter für Bauernland» soll da kurzfristig Abhilfe schaffen. Für Fernseher, Waschmaschinen, Klimaanlage, Mikrowellen und Mopeds bekommen Käufer vom Staat 13 Prozent des Preises bar ausgezahlt. 1,7 Milliarden Euro will die Regierung 2009 für dieses Programm ausgeben, um die Überkapazitäten der Elektronik- und Haushaltsgerätehersteller abzubauen. Angesichts der Exporteinbußen von 25,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat mag dies hilflos anmuten, aber Chinas Regierung hat noch andere Karten im Ärmel.

Im November 2008 hat sie ein Konjunkturprogramm von rund 458 Milliarden Euro angekündigt. Die größten Posten sind für Infrastruktur, Wohnungsbau und die Entwicklung der ländlichen Regionen vorgesehen, darunter auch für den Aufbau der vom Erdbeben verwüsteten Gebiete in der Provinz Sichuan. Vierzig Milliarden Euro wollte man zunächst für Umweltschutz und Energieeffizienz bereitstellen. Das World Resources Institut lobte dann auch das Konjunkturpaket als einen Schritt in Richtung «grüner» Umgestaltung der chinesischen Wirtschaft.

Kritiker in und außerhalb Chinas dagegen bemängelten den hohen Anteil an Infrastrukturprojekten und den vergleichbar kleinen Anteil an Investitionen in Humankapital. Die heftigste Kritik betraf die mangelnde Transparenz. Nach der Ankündigung des



EIN WANDERARBEITER AUF JOBSUCHE LIEST DIE AUSHÄNGE EINER INOFFIZIELLEN JOBBÖRSE IN ZHENGZHOU. AUCH DIE DÜRRE TREIBT DIE BAUERN VOM LAND IN DIE STÄDTE, WO SIE WEGEN DES ZUSAMMENBRUCHS DES EXPORTS KAUM NOCH ARBEIT FINDEN.

Foto: © DAVID GRAY/Reuters/Corbis

Pakets im November formierte sich eine landesweite Bewegung, die im Internet die Offenlegung von Details forderte. Medien unterstützten die Kampagne und ein Shanghaier Anwalt drohte unter Berufung auf ein neues Transparenzgesetz mit einer Klage, sollten die zuständigen Behörden nicht genaue Zahlen über die Verwendung der Gelder auf den Tisch legen. Selbst die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua stellte sich hinter die Bewegung. Schließlich kündigte die Regierung an, nach der Abstimmung im Nationalen Volkskongress Details zu veröffentlichen.

Der jährlich stattfindende Volkskongress, Chinas gesetzgebende Versammlung, tagte Mitte März. Hauptthema: Die Verabschiedung von Haushalt und Konjunkturpaket. Mehr als 400 von 2898 Abgeordneten stimmten gegen das Paket oder enthielten sich. Diese ungewöhnlich hohe Zahl für das Einparteiensparlament ist womöglich eine Reaktion auf die mangelnde Transparenz. Hu Shuli, Chef des renommierten Finanzmagazins *Caijing*, bescheinigt der diesjährigen Versammlung zwar ganz erhebliche Fortschritte bei der Offenlegung des Haushaltes, fordert aber viele weitere Verbesserungen.

In den ersten Tagen nach Ende der Versammlung liegen Details über das Konjunkturpaket noch nicht vor, aber die bisher bekannten Zahlen sind aktualisiert worden und zeigen, dass die Kritik am Paket aufgegriffen wurde: Die Investitionen in Bildung und Soziales wurden massiv erhöht. Fast verdreifacht wurden die Mittel für den Aufbau der Gesundheitsversorgung und des Erziehungssystems – von 4,6 auf 17 Milliarden Euro. Auch für Forschung und Innovation soll deutlich mehr bereit gestellt werden. Statt wie ursprünglich angekündigt 18,3 Milliarden Euro werden jetzt 31 Milliarden Euro dafür zur Verfügung stehen: Peking ist entschlossen, den langfristigen Umbau der Wirtschaft in Angriff zu nehmen, weg von der Werkbank der Welt hin zu einer wissens- und serviceorientierten Wirtschaft. Die Mittel für Infrastruktur und Verkehr wurden dafür reduziert, machen aber noch immer den größten Posten aus. Auch die Ausgaben für den Umweltschutz wurden im Zuge dieser Neuschürfung des Konjunkturpakets um vierzig Prozent gekürzt.

Die Finanzkrise kann Chinas Entwicklungsdilemma nicht auflösen. Die Regierung gibt im Zweifel der Entwicklung seiner ärmsten Provinzen und damit der sozialen Stabilität Vorrang vor dem Umweltschutz. Ein radikales Umdenken wird es hier nicht geben. Die Investitionen in Infrastruktur und Innovation beinhalten aber immer noch Chancen für einen Green New Deal. Der Ausbau der Eisenbahn und die Förderung von Energie- und Ressourceneffizienz sind hierfür erste gute Ansätze. Immerhin noch 24 Milliarden Euro sind für den direkten Umweltschutz gedacht.

Entscheidend ist jetzt nicht nur, für welche konkreten Maßnahmen die Mittel fließen werden, sondern ob China in der Lage sein wird, diese sinnvoll umzusetzen. Der Teufel liegt im Detail, meint Yu Yongding. Wenn das Konjunkturpaket nicht die Nachfrage von Haushalten und kleineren Betrieben ankurbelt, sondern die Provinzregierungen zu weiteren kurzfristigen Investitionen animiert, dann wird es scheitern.

Bereits vor dem Volkskongress hat das Umweltministerium grüne Richtlinien für Direktinvestitionen aus dem Ausland angekündigt. Die sind im Februar 2009 um mehr als dreißig Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Doch als Land mit dem größten Binnenmarkt der Welt wird China attraktiv für Investoren bleiben und weiterhin einen nennenswerten Beitrag zur globalen Wirtschaftsentwicklung leisten. Ob diese Entwicklung für künftige Generationen vertretbar sein wird, hängt davon ab, ob wir alle unsere Konsum- und Produktionsmuster tiefgreifend ändern können. Die Gelegenheit dazu ist da. ■■■

«Wann, wenn nicht jetzt?»

VON HANNS MICHAEL HÖLZ

DEM VORSTANDSVORSITZENDEN DES FORUMS
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Überlegungen für ein nachhaltiges Wirtschaften

Das ökonomische Modell des 20. Jahrhunderts stößt an seine Grenzen – an die Grenzen der Kapazität, was die Verbesserung der Lebensbedingungen der 2,6 Billionen Armen betrifft, und an die Grenzen der Umwelt. Können wir die kapitalistische Dynamik nutzen, um eine ökologische Neuausrichtung zu erreichen – also den Tiger reiten? Lässt sich die Krise durch die Beschneidung ihrer Exzesse bewältigen? Was wären mögliche Alternativen?

Die Fragen, die die *Böll.Thema*-Redaktion an mich stellte, sind Fragen, die jede für sich ein eigenes Buch rechtfertigen und die vielen Wissenschaftlern bereits schlaflose Nächte bereiten. «I stand here today humbled by the task before us», sagte Präsident Barack Obama bei seiner Amtseinführung, und so geht es wohl uns allen angesichts der weltweiten Herausforderungen.

Die Aufgaben sind bekannt, definiert, diskutiert – doch über die Lösungen herrscht kaum Einigkeit. Wen wundert dies bei der schier unermesslichen Komplexität und den kaum zu erfassenden Interdependenzen einer globalisierten Welt. Im Folgenden möchte ich deshalb nur einige wenige – vielleicht symptomatische – Aspekte beleuchten.

INTERDEPENDENZEN – PROBLEM UND LÖSUNG ZUGLEICH.

«Schneepflüge für Guinea» – unter diesem Titel schreibt Bartholomäus Grill, Mitglied im Afrika-Beraterkreis des Bundespräsidenten, in der Zeitschrift *Internationale Politik* (12/07), warum die Entwicklungshilfe der letzten fünfzig Jahre gescheitert ist. Unzählige Initiativen, Organisationen, Projekte suchen nach Lösungen. «Einen Masterplan, der in einer aus den Fugen geratenen Welt menschenwürdige Verhältnisse herstellt, gibt es nicht. Doch es wird allmählich Zeit, Entwicklungspolitik jenseits der humanitären Selbstverpflichtung als globale Strukturpolitik zu begreifen», so das Fazit des langjährigen Afrika-Kenners.

Ja, wir brauchen eine globale Strukturpolitik – nicht nur mit Blick auf Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern mit Blick auf die ganze Welt. Man muss kein begnadeter Analytiker sein, um zu erkennen, dass all unsere Probleme zusammenhängen – sich gegenseitig bedingen. Die stete Ausbeutung von Umwelt, Menschen und Wirtschaftskapital führt zu einem immer größeren Verlust an Stabilität. Doch in der Gestaltung dieser Interdependenzen liegt auch die Lösung: Wir müssen zu einer Harmonisierung von ökologischen, sozialen und ökonomischen Faktoren gelangen und so zu mehr Stabilität im globalen Maßstab.

NACHHALTIGKEIT ALS MAXIME

Das kann nicht im Eiltempo geschehen. Was wir allerdings schnell brauchen, ist eine Änderung unseres Denkens. Wir brauchen neue Handlungsmaxime – für jeden Einzelnen, für Unternehmen, Regierungen, globale Organisationen und Initiativen. Die Maxime, die der Komplexität der Herausforderungen am besten gerecht wird, ist die der Nachhaltigkeit. Wer nachhaltig handelt, hat die drei Faktoren Mensch, Wirtschaft und Umwelt gemeinsam im Bewusstsein und ist ständig bemüht, sie in Einklang zu bringen. Weil Geld hier eine große Rolle spielt, können gerade Unternehmen entscheidend dazu beitragen, dass der Nachhaltigkeitsgedanke zum globalen New Deal wird.

ENORME CHANCEN FÜR UNTERNEHMEN

So liegen die wirtschaftlichen Chancen nachhaltigen Handelns zum Beispiel in der Entwicklung innovativer, problemlösender Produkte. Allein die Bereiche Energiegewinnung und Energieeffizienz eröffnen ein immenses Feld, das täglich nach Ideen verlangt: von neuen Techniken über regenerative Energien zu klimaschonenden Produkten, Fahrzeugen und Gebäuden – weltweite Aufgaben, die neue Arbeitsplätze und neue Industriebranchen hervorbringen können. Ein langfristiges Engagement und Erfolg auf diesen und weiteren nachhaltigen Sektoren ist schließlich das beste Mittel gegen Rezession und Instabilität.

Zur Nachhaltigkeit gehört selbstverständlich das aktive Wahrnehmen sozialer Verantwortung sowie Offenheit und Transparenz der Gesellschaft gegenüber – also die Werte des «guten Regierens» (Corporate Governance, Global Governance), die sich weltweit durchzusetzen beginnen. Dazu gehört auch ein vorausschauendes und umfassendes Risikomanagement, das wirtschaftliche und soziale Risiken für das Unternehmen frühzeitig erkennt und entsprechend gegensteuert. Um Reputationsrisiken wird sich ein wirklich nachhaltiges Unternehmen übrigens nicht mehr kümmern müssen: Das Einhalten der Handlungsmaxime schließt in der Regel Fehlverhalten und unethisches Handeln aus.

Globale Regulierungen

Die Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise hat in diesem Ausmaß kaum jemand vorausgesehen, Börsen-Crashes werden selten prognostiziert. Am Abend vorher gehen alle noch ruhig ins Bett. Ein Vorwarn- und Kontrollsystem ist also die *conditio sine qua non* eines neuen Zeitalters. Gefordert sind die Einführung besserer Überwachung, von Sicherheits- und Transparenzbestimmungen für Finanzinstrumente sowie eine stärkere Aufsicht über Finanzinstitute, Fonds und finanzielle Zweckgemeinschaften. Für einen fairen Wettbewerb sollten alle Akteure die gleichen, international geltenden Regeln befolgen. Dies kann deshalb keine Aufgabe sein, die national oder auch europäisch zu lösen ist. Nur ein globales Regelwerk verspricht hier eine dauerhafte tragfähige Lösung. Eine Aufgabe, die etwa beim Internationalen Währungsfonds gut aufgehoben wäre – ein IWF mit neuer Struktur und erweiterter Kompetenz. So global und effizient wie möglich – das muss der Gestaltungsfokus bei der Bildung einer solchen neuen Institution sein.

Der erste Finanzgipfel der G20-Staaten in Washington letzten November war dazu ein wichtiger Schritt. Er lässt hoffen, dass der zweite Gipfel in London im April 2009 den Durchbruch bringen wird. Und vor allem der Initiative der deutschen Bundeskanzlerin für eine «Charta für nachhaltiges Wirtschaften», in der Prinzipien für eine neue Weltfinanzarchitektur festgeschrieben werden sollen, ist dabei Erfolg zu wünschen.

WOHLSTAND FÜR ALLE

Es ist die große Gestaltungsaufgabe unserer Zeit, einen fairen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Ansprüchen zu finden und dabei die drängenden Herausforderungen zu bewältigen, denen wir uns gegenüber sehen – insbesondere Armut, Überbevölkerung, Klimawandel und Umweltzerstörung.

Muss man dazu «den Tiger reiten», um ein Stichwort der Eingangsfragen aufzunehmen? Nein, einen kapitalistischen Tiger reitet man nicht, man bändigt ihn – nach wie vor – mit einer sozialen Marktwirtschaft. Da sollte man keine Alternative zulassen. Die Kunst liegt in der Ausgestaltung – und da üben wir bereits seit sechzig Jahren. Es gilt, im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft ein solides, auf Nachhaltigkeit orientiertes Fundament zu bilden – für das einzelne Unternehmen wie für die Wirtschaft als Ganzes –, auf dem sich ein stabiles Werterschöpfungssystem entwickeln bzw. erhalten kann. Eine neue Ära kann zeigen: Nachhaltigkeit und Erfolg sind kein Gegensatzpaar. Nachhaltigkeit wird sich vielmehr als Erfolgstreiber der neuen Zeit etablieren.

Auch in der aktuellen Wirtschaftskrise sollten nachhaltige Konzepte die Konjunkturprogramme der Staaten bestimmen. Die Maßnahmen dürfen nicht nur eine kurzfristige Stimulation auslösen. Sie müssen vielmehr geeignet sein, Handlungen und Projekte zu initiieren, die Innovationen und Effizienzsteigerungen nach sich ziehen – die uns auch nach der Krise zur Verfügung stehen und weiter bringen.

Wohlstand für alle – weltweit. So vermessen es klingt, dies muss unser Ziel sein. So nannte denn auch Jeffrey D. Sachs, Leiter des Earth Institute an der Columbia Universität New York, sein aktuelles Buch «Common Wealth». Es sei allen empfohlen, die an Fakten interessiert sind, an Analysen, Synthesen und Prognosen. Ein Leitfaden für eine tiefere Diskussion, als sie hier möglich war.

Bleiben wir optimistisch und halten wir es mit Robert Kennedy: «There are those who look at things the way they are, and ask why ... I dream of things that never were, and ask why not?» ■■

« Was fehlt, ist der politische Wille »

VON THOMAS JORBERG

VORSTANDSSPRECHER DER GLS-BANK

Vorschläge zur Neuordnung der Finanzmärkte

Weltweit wird weiterhin versucht, mit öffentlichen Mitteln Banken zu stabilisieren. Das ist notwendig, um weitere Panikreaktionen zu verhindern, die den bereits vernichteten Vermögenswerten von vierzig Billionen Euro (laut Asiatischer Entwicklungsbank) noch folgen könnten. Mit der gleichen Intensität müsste die Politik jetzt eine Neuordnung der Finanzmärkte betreiben, ansonsten verstärken die schon ergriffenen Maßnahmen nur die Ursachen des Crashes und führen zu noch größeren Krisen. Hier einige Vorschläge zur Verbesserung des Ordnungsrahmens der Finanzmärkte.

Die Pakete zur Stabilisierung der Banken sind alternativlos, aber sie können eben nur etwas gegen die Symptome ausrichten. Nur die konsequente Veränderung des ordnungspolitischen Rahmens könnte die Risikoübernahme durch die Staaten im Nachhinein legitimieren. Oberstes Ziel aller Handlungen sollte die Fokussierung der Finanzwirtschaft auf ihr eigentliches Kerngeschäft sein: die Finanzierung der Realwirtschaft. Dazu sechs Punkte:

1. DIFFERENZIIERTER UMGANG MIT REGULIERUNG

Das klassische Bankgeschäft mit der direkten Kundenbeziehung zwischen Einleger und Bank auf der einen Seite und Kreditnehmern und Bank auf der anderen Seite zeigt sich in der momentanen Krise als der eigentlich stabilisierende Faktor des Marktes. Dieses der Realwirtschaft unmittelbar dienende Bankgeschäft ist in den letzten zehn Jahren allerdings unter Druck geraten, sowohl was die Struktur der Geschäfte als auch was die Zinsmargen angeht. Im gleichen Zeitraum hat die Regulierung der klassischen Bankgeschäfte in fast jährlichem Rhythmus zugenommen. Von der dadurch verursachten Bürokratisierung bei entsprechendem Kostendruck waren insbesondere Banken in der Größenordnung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken betroffen. In diesem klassischen Bankgeschäft ist insofern eher eine Deregulierung notwendig.

Einige Finanzinstrumente, zum Beispiel die Derivate, dienen der Realwirtschaft mittelbar, zum Beispiel durch die Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken. Solche Instrumente sind sinnvoll und notwendig, um ungleichgewichtige Risiken der unterschiedlichen Finanzmarktteilnehmer auszugleichen und im einzelnen Institut steuerbar zu machen. Allerdings ist eine Abgrenzung zu rein abstrakten, nicht der Realwirtschaft dienenden Instrumenten schwierig. Insofern ist gerade in diesem Bereich eine verstärkte Regulierung, Standardisierung und Kontrolle erforderlich.

Finanzprodukte und Finanzunternehmen, die nur dem Selbstzweck dienen, durch Spekulation Geld mit Geld zu verdienen, sollten schlichtweg verboten werden. Diese Aktivitäten setzen auf tatsächliche, vermutete und oft selbst beeinflusste oder sogar verursachte Preisänderungen beim Handel von Devisen, Aktien, Immobilien oder Rohstoffen. Die Ursache der momentanen Finanzkrise ist im Wesentlichen in diesem Bereich zu finden. Dazu gehören beispielsweise Leerverkäufe, das Verleihen von Aktien und andere Tätigkeiten von Hedgefonds, der Handel mit verbrieften Kreditforderungen und anderes mehr.

2. BESCHRÄNKUNG DER GRÖSSE EINZELNER BANKEN

Finanzinstitute oder spezielle Produkte dürfen in ihrer absoluten Größe oder Struktur weder global noch national systemgefährdend sein. Begrenzende Kennziffern sind gefragt, wie etwa das maximale Verhältnis der Bilanzsumme einer Bank zum Bruttosozialprodukt eines Landes. Die Daumenregel «too big to fail» hat Institute bisher dazu angeregt, überproportional zu wachsen und zugleich extreme Risiken in Kauf zu nehmen. Aus dem Geschehen in Island hätten Lehren gezogen werden müssen und Finanzdienstleister hätten ihre Größe, Geschäfts- und Risikopolitik überdenken sollen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, wie die Fusion von Commerzbank und Dresdner Bank beweist. Bereits eine der beiden Großbanken kann bei einem Zusammenbruch systemgefährdende Auswirkungen haben. Fusioniert man nun beide Banken, vergrößert man möglicherweise das Problem. Kooperation, nicht Konzentration stabilisiert den globalen Markt.

3. ERFASSUNG DER VERMÖGENSINFLATION

Bei den Vermögenswerten, insbesondere bei Grund und Boden, Immobilien, Aktien und Rohstoffen, war bis zum Ausbruch der Krise

Die GLS-Bank

«Verluste aus der Finanzkrise: keine», so ließ sich Thomas Jorberg, Chef der GLS-Bank, Anfang März vom Berliner *Tagesspiegel* zitieren. Und während die Deutsche Bank Verluste von fast vier Milliarden Euro einräumen musste, war die Bilanzsumme der GLS-Bank um knapp dreißig Prozent gestiegen. Allein 2008 eröffneten rund 7000 Anleger neue Konten. 1974 gegründet, hat die Bank inzwischen 62 000 Kunden.

«Die Krise», so Jorberg im *Tagesspiegel*, hat dem 1974 gegründeten Institut den «größten Wachstumssprung seiner Geschichte beschert». Das Personal der Filialen in Hamburg, Frankfurt, Freiburg, Bochum, Stuttgart, München und Berlin wurde um vierzig Personen aufgestockt.

Die 1974 gegründete GLS-Bank finanziert ausschließlich soziale, ökologische und kulturelle Unternehmen und Initiativen mit konkretem realwirtschaftlichen Bezug. Vom Girokonto über sozial-ökologische Geldanlagen bis hin zu Finanzierungen und Vermögensmanagement bietet die GLS-Bank alle Angebote einer modernen Bank.

Transparenz gehört zum Konzept: In der Kundenzeitschrift *Bankspiegel* werden alle Kredite veröffentlicht. Zusätzlich legt die Bank ihre Eigenanlagen offen.

eine enorme Inflation zu beobachten. Die extremen Wertschwankungen haben zu erheblichen realwirtschaftlichen Verzerrungen geführt, beispielsweise zu einer oft maßlosen Verteuerung von Wohnraum oder zu Hunger durch gestiegene Nahrungsmittelpreise. Es besteht seit vielen Jahrzehnten eine globale Übereinkunft, dass Inflation bei Gütern und Dienstleistungen bekämpft und durch unabhängige Notenbanken gemessen, kontrolliert und gesteuert werden soll. Es ist dringend erforderlich, dass für die Inflation bei den Vermögenswerten Vergleichbares geschieht.

4. RATING-AGENTUREN UND TRANSPARENZ

Rating-Agenturen sollten nicht mehr in die Entwicklung von Finanzprodukten eingebunden werden. Zudem sollten sie verpflichtet sein, neben der monetären Bonitätsprüfung auch Aussagen darüber zu machen, wie Investitionen realwirtschaftlich verwendet und welche sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen dabei berücksichtigt werden. Dieser Regelung muss eine entsprechende Transparenzverpflichtung für Banken und Finanzinstitute gegenüberstehen.

5. OFFSHORE-FINANZPLÄTZE

Die Offshore-Finanzplätze müssen geschlossen bzw. ausgegrenzt oder in einen neuen Rahmen eingebunden werden.

6. BILDUNGS- UND AUFLÄRUNGSKAMPAGNE

Um eine Kehrtwende am Finanzmarkt zu bewirken, sind nicht nur Politik und Finanzinstitute gefragt, sondern auch ein kritisches Bewusstsein der Kunden, das neben kurzfristigen, rein renditeorientierten Anlagekriterien auch nachhaltige ökonomische wie soziale und ökologische Entwicklungen berücksichtigt. Eine breit angelegte Aufklärungskampagne könnte dazu beitragen.

Dass die vorrangig kapitalorientierte Marktwirtschaft soziale und ökologische Probleme verursacht, ist bereits in den letzten Jahrzehnten deutlich geworden. Ihre ökonomische Leistungsfähigkeit galt allerdings bislang als unstrittig. Mittlerweile ist deutlich, dass auch aus ökonomischen Gründen eine Neuordnung erforderlich ist. Dazu ist der gängige Leitsatz «Was der Wirtschaft dient, ist auch gut für den Menschen» zu ändern in «Nur was dem Menschen dient, ist Aufgabe der Wirtschaft». Die Zuspitzung der Armutskrise, der Klima- und Finanzmarktkrise bietet eine einmalige Chance, wenn der Ordnungsrahmen entsprechend verbessert wird. Es gibt bereits eine Vielzahl sinnvoller Beispiele und Lösungsvorschläge sowohl zum Finanzmarkt, zur Ökologie- bzw. Energiefrage als auch zur sozialen Verteilung. Das Konzept des Grundeinkommens, die Bepreisung der Naturnutzung, der soziale und ökologische Umbau der Steuersysteme, der Vorrang regenerativer Energien, Regulierungen und Verbote rein spekulativer, abstrakter Finanzgeschäfte und vieles andere mehr könnte hier genannt werden. Es fehlt zudem keinesfalls an empirischen, wissenschaftlichen Erkenntnissen, dass wir dringend einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel brauchen, und es fehlt auch nicht an Vorschlägen für Maßnahmen für einen solchen Wandel.

Was fehlt, ist der politische Wille und entsprechende Umsetzungsschritte. Die ideologischen, materiellen oder politischen Besitzstandswahrer müssen ihre gewohnten Positionen verlassen, um voraussetzungslos an den notwendigen Umbau unserer gesellschaftlichen Systeme und Verhaltensweisen heranzugehen. Dies trifft die Politik genauso wie die Wirtschaft, die Medien ebenso wie alle Bürger. Die Barrieren für die notwendigen Veränderungen liegen letztendlich nicht in ökonomischen oder systemischen Zwängen, sondern bestehen in den Köpfen und Herzen von uns allen. ■■■

Verantwortung übernehmen, mit Einschränkungen rechnen

VON ANNETTE MAENNEL

Wie der Unternehmer Max Schön mit der Wirtschaftskrise umgeht

Er trägt sie wieder. Es ist seine Lieblingskrawatte, beige mit hellblauen Streifen, die in Plasbergs «Hart aber fair» bekannt wurde. Seitdem mag er sie noch mehr.

«Rein in die Schulden, raus aus der Krise» hieß die Sendung, zu der neben dem Unternehmer Max Schön auch der saarländische Ministerpräsident Peter Müller eingeladen war. Der beschwor das Wunder der Abwracksteuer. Danach wurde der 48-jährige Max Schön nach seiner Meinung zu dieser Geldspritze aus Steuermitteln gefragt. Schön, dessen Unternehmen gerade kräftig unter der Finanzkrise leidet, band seinen Binder demonstrativ ab mit den Worten, dass der Staat genauso gut verfügen könne, dass ab morgen alte Krawatten in den Müll geworfen werden sollten und der Kauf einer neuen mit fünfzig Euro gestützt werde – damit hätte man dann etwas für die Textilindustrie getan. Denn «das, was jetzt an Konjunkturpaketen geschnürt wird, entfacht großenteils nur ein Strohfeuer und damit kann man die Krise kaum bewältigen». Und von Krisen versteht Max Schön einiges.

Der hoch gewachsene Mann musste nach dem Tod seines Vaters mit nur 23 Jahren den Großhandel für Stahl, Werkzeuge, Sanitär und Heizung in Lübeck übernehmen. Aus der Traum, noch ein oder zwei Semester Musik zu studieren. Er schaffte es, sein mittelständisches Unternehmen auszubauen und durch die damalige Bau- und Werftenkrise zu steuern. Dann bebte es das erste Mal: Ein Testamentsfehler brachte über Nacht ein gutes Dutzend Teilhaber zutage, die ausgezahlt werden wollten. Das kostete viel Geld. Er brachte sein Unternehmen in die dänische Firma Sanistål A/S ein und wurde Miteigentümer der dänischen Familien-Aktiengesellschaft. Dann wurde es das zweite Mal eng: Die Baukrise Mitte der Neunziger verschonte auch die Max Schön AG nicht.

Und heute? «Im September 2008 hatten wir das beste Konzernergebnis» – die Stahlbranche boomte – «nur sechs Wochen später stand die größte Entlassungswelle an: In Dänemark wurden von insgesamt 2500 Beschäftigten der Sanistål-AG 250 Leute gekündigt.» Die knapp 200 Arbeitnehmer der Max Schön Gruppe sind bislang nicht betroffen. Doch das deutsche Geschäft wird schwieriger. Dennoch: Seiner Meinung nach sind die skandinavischen Länder besser auf Krisen vorbereitet als Deutschland. Und das liegt



MAX SCHÖN IST STAHL-, RÖHREN- UND WERKZEUG-GROSSHÄNDLER UND GLEICHZEITIG VORSITZENDER DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT DES CLUB OF ROME.

SEINE DEVISE: AUF SOLCHE ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN ZU SETZEN, DIE SICH MIT DEN ANFORDERUNGEN DES KLIMASCHUTZES VEREINBAREN LASSEN.

auch an den Gesetzen. Dänemark kennt kein Kündigungsgesetz mit Sozialauswahl. Was den Vorteil hat, dass bei kleinsten Konjunkturanstiegen schneller wieder eingestellt wird. Die Angst vor einem teuren Stellenabbau bleibt aus. Und das Arbeitslosengeld – auch dies eine dänische Besonderheit – beträgt neunzig Prozent des Gehalts.

Wenn Schön darüber spricht, kommt er richtig in Fahrt: Die bürokratischen Hürden für Unternehmer sind zu hoch, da bleiben Innovationen und Flexibilität aus, Verantwortung wird wegdelegiert. Am besten an den Staat, wie es die derzeitige Krise schonungslos zeigt. Doch das Risiko soll der Unternehmer tragen – in guten wie in schlechten Zeiten. Die drei Familien der Sanistål-AG haben jetzt aus Privatvermögen aus «guten Zeiten» investiert. Auch das ist ein Teil der Verantwortung, die ein Familienunternehmer übernehmen muss. Ob es gut geht, wird sich zeigen, denn die Prognosen für 2009 sind düster: Die Aufträge werden um dreißig Prozent zurückgehen, das lässt sich auch nicht über Kurzarbeit oder längere Produktionszeiten abfedern.

«Investitionen in eine zukunftsfähige Gesellschaft heißt, langfristig zu denken. Zum Beispiel, in nachhaltige Energieeffizienz, Bildung und Wissen zu investieren und mehr Eigenkapitalbildung bei Bürgern und Unternehmen zu ermöglichen.» Das hat Schön bei Plasberg vertreten und wurde dort gleich in eine Schublade mit Renate Künast von den Grünen gesteckt. Doch bei den Grünen kommt Schön die Freiheit zu kurz: «Die Freiheit des Einzelnen und die damit einhergehende Verantwortung für Entscheidungen müssen gestärkt, das Unternehmertum darf nicht behindert werden.»

Freiheit und Verantwortung bedeuten aber auch, den Begriff Wohlstand auf den Prüfstand zu stellen. Schön weiß, wovon er spricht: Er trägt gemeinsam mit seiner Frau auch die Verantwortung für fünf Kinder zwischen zehn und 18 Jahren. Am Küchentisch wird über die Krise gesprochen – auch über die ernste Lage des Unternehmens und dass sie alle mit Einschränkungen rechnen müssen. Wie reagieren sie darauf? «Ich kann nur ehrlich sein. Teilen heißt eben auch: In guten Jahren gibt es mehr, in schlechten weniger.» ■■■

Das Risikokapital traut sich

VON FELIX GROBA

Porträt des Finanziers der grünen
Revolution, John Doerr

John Doerr, der neue Finanzier der grünen Revolution in den USA, ist ein Kind des Microchips. Er finanzierte Unternehmen wie Compaq, Netscape, Sun Microsystems, Amazon.com und Google. Jetzt nutzt er Talent und Netzwerk, um Millionen in junge grüne Technologieunternehmen zu investieren.

Der Elektroingenieur begann seine Silicon-Valley-Karriere 1974 bei dem kleinen Chiphersteller Intel, der kurz vor dem Durchbruch stand. 1980 wechselte der Harvard-Absolvent zur Investmentfirma Kleiner Perkins Caufield & Byers (KPCB). Als Partner verantwortete er die Finanzierung von jungen Technologie- und Kommunikationsunternehmen und wurde so zum heute bedeutendsten und einflussreichsten Risikokapitalgeber für global führende Technologieunternehmen.

Doerr denkt weiter, Doerr denkt grün. Als Mitgründer der Lobbyorganisation TechNet war er eine treibende Kraft hinter der Einführung des Emissionshandelssystems in Kalifornien. Darüber hinaus steht der aktive Unterstützer der Demokraten hörbar und finanzstark für nachhaltiges Wirtschaften und setzt dabei vor allem auf die Förderung



AUFTRITT DES MULTIMILLIONÄRS: IM JANUAR 2009 BELEGTE JOHN DOERR DEN ERSTEN PLATZ DER «MIDAS LISTE» DES FORBES MAGAZINS.

umweltfreundlicher Technologien, Güter und Dienstleistungen. So hat Doerrs Unternehmen seit 2006 ein GreenTech Fondsvolumen von 600 Millionen Dollar aufgebaut. In den sechs Jahren zuvor investierte er 270 Millionen in rund zwei Dutzend junge Technologieunternehmen, deren Ziel die Reduzierung von Treibhausgasemissionen ist.

Doerr gewann den Umweltaktivisten und Ex-US-Vizepräsidenten Al Gore als Unternehmenspartner. Gemeinsam gründeten sie 2007 das Greentech Innovation Network, dessen Aufgabe die gezielte Förderung und umfangreiche Finanzierung von grünen Technologien und Unternehmen ist. Die neueste Idee des Investmenthauses ist es, in Kooperation mit Think Global, einem norwegischen Elektrofahrzeughersteller, 50 000 Elektroautos auf amerikanische Straßen zu bringen und ein entsprechendes regionales Versorgungsnetz aufzubauen.

John Doerrs Berufung in das Economic Recovery Advisory Board im Februar 2009 zeigt, welche Bedeutung Präsident Obama grünen Technologien bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise beimisst. ■■■

Die Lehre kommt allmählich in den Vorstandsetagen an

VON HANNES KOCH

Unternehmen orientieren sich zunehmend an sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Trotzdem: Der Fortschritt bleibt eine Schnecke

Es gibt Anlass zur Hoffnung. Mehr Unternehmen als früher berücksichtigen in ihrer Geschäftspolitik soziale und ökologische Standards. Selbst Robin Goudsblom, Vorstand der Discount-Kette Lidl, räumte kürzlich «große Fehler» ein und beschwor den fairen Umgang mit seinen Mitarbeitern. Den Beteuerungen des Lidl-Vorstandes mag man glauben oder nicht. In jedem Fall sind sie ein Beleg dafür, dass viele Unternehmen umdenken. Dazu trägt auch die Finanz- und Wirtschaftskrise bei. Wie die vergangenen zwei Jahre beweisen, führt das Streben nach maximalem Profit zu maximalen Risiken für Firmen und die Gesellschaft insgesamt. Diese Lehre kommt auch in den Vorstandsetagen an.

Ingo Schoenheit, Chef des Instituts Markt-Umwelt-Gesellschaft (Imug), sieht Fortschritte auf drei Ebenen: «Ökologische und soziale Aspekte spielen eine größere Rolle in der Unternehmenspolitik, aber auch in der Organisation und der Praxis der Firmen».

Diese Einschätzung liegt nahe – kommt doch seit Beginn der 2000er-Jahre kein Konzern mehr ohne dicke Selbstdarstellungsbroschüren aus, die sein Handeln gegenüber Menschen und Umwelt ins beste Licht rücken. Sollte die Sozial- und Öko-Euphorie der Wirtschaft mehr sein als Schminke?

Ja, das ist sie. Leicht belegbar ist dies auf der Ebene der Bekenntnisse. Die Zahl der Selbstverpflichtungen, Verhaltenskodizes und Nachhaltigkeitsberichte der Wirtschaft nimmt stetig zu. Dies hat aber auch Auswirkungen auf die praktische Unternehmenspo-

litik. Die Firmen müssen ihre eigenen Worte ernst nehmen – sonst würden sie sich der Öffentlichkeit und Politik gegenüber zu angreifbar machen.

Auch in der Organisation der Unternehmen lässt sich der Sinneswandel nachweisen. Ein Indikator ist hier die Zertifizierung nach der Norm ISO 14001. Um die Urkunde entsprechend der Richtlinien der International Organization for Standardization (ISO) zu erhalten, müssen die Firmen darstellen, wie sie den Schutz der Umwelt in ihrem Management verankern. Der Zuwachs ist eindrucksvoll: Zwischen 1999 und 2007 hat sich die Zahl der zertifizierten Firmen mehr als verzehnfacht. Weltweit wurde das ISO-Zertifikat an über 154 000 Unternehmen vergeben.

Alleine von 2006 bis 2007 kamen gut 26 000 Firmen hinzu. Interessanterweise hielt China den Spitzenplatz mit 30 000 ausgezeichneten Betrieben. Es folgten Japan (28 000) und Spanien (14 000). Deutschland stand 2007 mit knapp 5000 ISO-Unternehmen auf dem achten Platz. Auch hierzulande ist über die Jahre ein Zuwachs zu beobachten.

Die Frage ist nun, ob die Veränderungen auf den Ebenen der Firmenpolitik und des Managements in der Praxis tatsächlich umgesetzt werden. Einen Hinweis gibt die Entwicklung auf dem Bio-Markt. Dieses Segment wächst in Deutschland stärker als der konventionelle Einzelhandel und hat inzwischen einen Marktanteil von gut sechs Prozent erreicht. Eine Untersuchung des Imug-Instituts unter den größten Einzelhändlern hat im Oktober 2008 ergeben,

dass teilweise mehr als zehn Prozent aller in den Supermärkten angebotenen Produkte ein Siegel für ökologische oder soziale Qualität tragen.

Das sind gute Nachrichten. Und trotzdem ist der Fortschritt eine Schnecke. Die weitaus meisten Siegel bezeugen eine bestimmte ökologische Qualität. Mit sozialen Standards sieht es dagegen schlechter aus. Selbst, wenn sie existieren, darf man bezweifeln, dass sie überall eingehalten werden. Das Glück, in den europäischen Niederlassungen der großen Textilhändler zu arbeiten, haben die wenigsten Beschäftigten. Die meisten arbeiten in den Zuliefererbetrieben irgendwo rund um den Globus, die die Kontrolleure selten oder nie besuchen. Schlechte Löhne, überlange Arbeitszeiten und auch Kinderarbeit sind dort an der Tagesordnung. Bis hohe Sozialstandards für die Mehrheit der Beschäftigten weltweit gelten und nicht nur für eine Minderheit in den reichen Industrieländern, ist es ein weiter Weg. ■■■

Kennst du Utopia.de ?

Michaela Wunderle sprach mit Chris Mess, Informatiker und Moderator beim Frankfurter Lokalradio X, über das Internetportal für strategischen Konsum



Warst du schon mal auf der Internetseite von Utopia.de?

Ja. [Klickt die Seite an] So 'ne Plattform für die, ich sag mal, Bio-Bourgeoisie. Utopia.de kombiniert gefällige Zeitphänomene: Community, Öko-Shopping-Info, Life-Style mit gutem Gewissen.

Utopia.de existiert seit ungefähr anderthalb Jahren und hat ca. 40 000 angemeldete «Utopisten». Wenn du eine besonders nachhaltige Idee hättest, könntest du «Utopist der Woche» werden.

Ja, Öko ist hip. Ich finde interessant, dass es nicht um das hippieske *Reduce! Re-use, Recycle!* geht, sondern um Hedonismus mit gutem Gewissen. «Geiz ist geil» hasse ich – Geiz ist eine Todsünde.

Utopia.de spricht von «strategischem Konsum», der ethisches Wirtschaften erzwingen soll und das, durch das Internet, sogar global.

Stimmt, durch E-Mail-Aktionen konnten schon Arbeitsbedingungen in Bangladesh verändert werden. Konsumboykott hat verhindert, dass Lidl bei Basic einsteigt.

Umgekehrt könnte bewusster Konsum eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in der Welt fördern. Gehen wir ins Utopia-Forum. Da gibt's Tipps zum nachhaltigen Lebensstil. Hier zum Beispiel: – Wie ernähren wir uns besser, Rezepte mit saisonalem Gemüse, nicht teuer. Utopia.de sucht den Dialog mit den Produzenten und Unternehmern. Schauen wir, welche Firmen im Boot sind.

[klickt «Unternehmen» an] Die GLS-Bank ... das Gemüse-Abo ... Osram ... Vaillant ... Tegut ...

Toyota darf werben ...

... weil die Autos mit Hybridantrieb zur Marktreife gebracht haben.

Gehen wir zu Dr. Dilemma, Ratgeber für den Alltag.

Welche Themen gibt's da ... soll ich meinen Kindern Fastfood geben ... oder ... das hier, soll ich Zeitung lieber online-lesen? Was ist schlimmer, Papiermüll oder Datenmüll? Oh, Dr. Dilemma, das ist ja Peter Unfried von der taz!! Auch kein Öko in mundgestricktem Schafwollpullover.

Das Problem wird qualifiziert erörtert.

[Liest die Antwort] «Darf ich meine Zeitung online lesen?» Sinnvoll ist die Diskussion über die Frage, neu aber nicht. Wer eine Anfrage bei Google startet, könnte mit der Energie zwei Tassen Kaffee kochen.

Hier heißt es: Stellen Sie Ihr Leben auf Nachhaltigkeit um, das ist weniger Aufwand, als Sie denken...

... kostet meist nicht viel, bringt Spaß ... Ja, man ist hip, hebt sich von anderen ab. Das ist irgendwie elitär. Dafür brauchst du Zeit, hat nicht jeder. Da ist der Anspruch, Avantgarde zu sein. Und der Begriff «Utopist» birgt eine gewisse Hybris – Utopie ist ein großes Wort. Bin ich Utopist, nur weil ich bei einer Internet-Community mitmache?

Ist es keine Utopie, die Welt im nachhaltigen Sinn verändern zu wollen? Schauen wir mal bei «Produkten». Hier heißt es: «Kauf dir eine bessere Welt – Basic».

Wahnsinn! Ich muss also nur Geld auf den Tisch legen, aber weder mich verändern noch mich politisch engagieren. Mir ist das zu einfach. Das ist was für «Lohas» [Leute mit lifestyle of health and sustainability]. Nachhaltigkeit ist ja okay, aber warum so'n Label? Weil es eine Marketing-Zielgruppe ist!

Wenn die Utopia-Community bestimmte Produkte für gut befindet, ist das indirektes Marketing?

Könnte man so sehen.

Utopia.de schreibt, dass nur auf Nachhaltigkeit getestete Produkte ins Netz gestellt werden. Die Daten werden veröffentlicht. Hier, ein «Sneaker mit gutem Gewissen» für nur 30 Euro ...

A und O ist dabei, dass du Utopia.de vertrauen kannst.

Lass uns die Profile der Utopisten ansehen, was sind das für Leute?

Hier, da nennt sich einer «Blumenhund» – ein Zivildienstleistender! [liest]. Zwanzig Jahre, findet Öko gut, hat aber wenig Geld für Bio ... das hier ist ein Gebäudereiniger ... und da ist einer, der gegen große Marken ist, der sucht Kontakt. Oder vielleicht auch nur ein Selbstdarstellungsforum!

Hältst du am Verdacht des Elitären fest?

«Elitär» war wohl das falsche Wort. Jedenfalls wünsche ich der Plattform alles Gute. 40 000 kritische Konsumenten sind aber nicht genug, um einem Global Player wie Nestlé gefährlich zu werden. ■■

Naturverbrauch gehört in die Berechnung der Kosten

VON IRENE SCHÖNE

AUFSICHTSRATSMITGLIED DER UMWELTBANK AG

Integrierte Bilanzierung: die etwas andere Buchführung

Das *Emission Trading Scheme* (ETS) der EU scheint gescheitert zu sein. Der Emissionshandel sollte einen marktwirtschaftlichen Anreiz zur Einsparung von Treibhausgasen bieten. Herstellern von Stahl, Zement oder Strom wurden limitierte Verschmutzungsrechte für Treibhausgase gewährt. Investieren sie in die Einsparung von CO₂, können sie die nicht benötigten Rechte an andere verkaufen, die mehr emittieren. Die Umwelt würde entlastet.

Nun stellt sich heraus, dass die Firmen ihre Emissionsrechte nicht deswegen verkaufen, weil sie Emissionen eingespart haben, sondern weil sie wegen der globalen Krise weniger produzieren. Sie verkaufen, weil sie die Rechte aufgrund ihrer Wirtschaftslage nicht benötigen nicht, weil sie in effiziente Technologien investiert hätten. Eine Entlastung der Umwelt findet nicht statt.

Das war nicht vorgesehen, klagt Mark Lewis, CO₂-Analyst der Deutschen Bank, im *Guardian* vom 28. 1. 2009. Er bemängelt, dass die EU mit diesem Instrument lediglich «heiße Luft» und wenig Nutzen für die Umwelt produziert hätte. Was Anreiz für Investitionen in CO₂-sparende Technologien sein sollte, sei zu einer bloßen Geldumverteilungsaktion geworden.

Die Bilanz zeigt: Wenn ein marktwirtschaftliches Instrument eingeführt wird, das einen direkten finanziellen Vorteil bietet, während das Ziel der Umweltentlastung indirekt bleibt, ist Fehlsteuerung die Folge. Die Frage stellt sich, ob es ein geeigneteres Instrument gibt, CO₂-Einsparungen zu erreichen.

Ein geeigneteres Instrument wäre die Integrierte Bilanzierung. Diese setzt ein ökologisches Verständnis vom Wirtschaften als wechselseitigen Austauschprozess zwischen Natur und Mensch voraus.

Die Einführung einer direkten Berichterstattung über die CO₂-Einsparung in Form der integrierten Bilanzierung ist nicht nur durch das Kyoto-Protokoll begründet, das für Deutschland bis 2012 eine Emissionssenkung um 21 Prozent gegenüber 1990 vorsieht. Sie lässt sich auch aus dem herleiten, was traditionell unter Ökonomie verstanden wird: die rationale und rationelle Kombination der Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Boden, wobei Boden nur

ein anderer Ausdruck für Natur ist. Darauf hat Karl Polanyi in «The Great Transformation» bereits 1944 hingewiesen.

Seit Luca Pacioli 1494 die doppelte Buchführung erfand, wurde von der Ökonomik lediglich eine Berichterstattung über den Produktionsfaktor Kapital für nötig gehalten. Doch heute, gut 500 Jahre später, macht der drohende Klimawandel eine Erweiterung der Berichterstattung erforderlich: Auch ein Rechenschaftsbericht über die Nutzung der Natur ist nötig.

Die Integrierte Bilanzierung ist in einen ökonomischen und einen ökologischen Teil gegliedert. Die ökonomische Bilanzierung folgt den gesetzlichen Vorschriften und endet mit einem finanziellen Jahresergebnis, einer Zahl, die fortschreibbar und sowohl mit den Vorjahren als auch mit den Ergebnissen anderer Organisationen vergleichbar ist.

Die ökologischen Informationen werden – wie in der Umweltgesetzgebung – in Größen wie Fläche, Hohlmaß, Gewicht, Druck,

«Der drohende Klimawandel macht eine Erweiterung der Berichterstattung erforderlich: Auch ein Rechenschaftsbericht über die Nutzung der Natur ist nötig.»

Lautstärke angegeben, denn im Austausch zwischen Natur und Mensch machen in Geld ausgedrückte Daten keinen Sinn. Für ihre Austauschprozesse hat die Natur kein Tauschmittel entwickelt. Geld ist eine kulturelle Größe, eingeführt zur Erleichterung des Austauschs zwischen Menschen.

Der ökologische Teil der Bilanzierung wird in die drei Bereiche Betriebs-, Produkt- und Humanökologie gegliedert: Zur Betriebsökologie gehören Daten wie: Nutzung von regenerativen und nicht-regenerativen Ressourcen für Energie und Wärme, Trink- und Abwasser, Materialnutzung, Entsorgung, Recycling, Lärm,

Die UmweltBank AG, Nürnberg

1997 erhielt die UmweltBank die Vollbank-Lizenz. Als einzige Bank Deutschlands richtet sie ihre Geschäftsstrategie nach zwei gleichberechtigten Zielen aus: finanzielles Wachstum bei Wachstum von Umweltentlastung. Zur Kontrolle des ökologischen Ziels hat die UmweltBank AG einen Umweltrat bestellt. Die UmweltBank AG ist unabhängig. Sie gehört rund 8000 Privatpersonen. Für jeden Kredit gilt: je ökologischer das Vorhaben, desto günstiger die Finanzierung. Jede Kreditvergabe ist in der Regel doppelt gesichert, durch die Anlage selbst und durch die Einspeisevergütung.

Trotz globaler Finanzkrise behauptete sich die UmweltBank auch 2008:

- Das haftende Eigenkapital stieg auf 78 Millionen, die Bilanzsumme auf 1,16 Milliarden Euro (+ 12,9 Prozent), das Geschäftsvolumen auf 1,27 Milliarden Euro (+ 13,3 Prozent).
- Die Zahl der Kunden wuchs von 60 096 auf 69 046 (+ 14,9 Prozent).
- 11 106 Umweltvorhaben wurden finanziert. Die Kreditsumme überschritt mit 1,01 Milliarden Euro erstmals die Milliardengrenze.

Die Kredite verteilen sich wie folgt: Solar 47 Prozent, Baufinanzierung 29, Wind- und Wasserkraft 16, Biomasse/Biogas und ökologische Landwirtschaft acht Prozent.

Aufgrund solider Kundenstruktur verzeichnete die UmweltBank auch 2008 nur geringe Ausfälle. Das Bruttoergebnis betrug knapp zehn Millionen Euro, der Jahresüberschuss nach Steuern rund 6,7 Millionen Euro (6,5 Millionen 2007).

Für ihre Geschäftspolitik hat die UmweltBank AG mehrfach Auszeichnungen erhalten:

- 2002 die Bestnote AAA beim Nachhaltigkeitsrating der Züricher Kantonalbank
- 2005 Aufnahme in die TOP 20 der weltweit besten Nachhaltigkeitsaktien
- 2009 den «Goldenen Bullen für Nachhaltigkeit», vorgeschlagen hatte das *Euro Greentec Journal*.

Landschaftsschutz usw. Über die Eigenproduktion von Strom, die Nutzung von Abwärme, Abfallvermeidung, Boden- und Gewässerschutz sowie Luftreinhaltung wird informiert.

Bei der Produktökologie werden alle auf die Produkte bezogenen Daten aufgeführt, unterschieden nach dem Aufwand für Herstellung und Nutzung. Die Daten sollen über den gesamten Lebenszyklus eines Produktes Aufschluss geben.

Durch die Fortschreibung dieser Daten können Informationen gewonnen werden, die helfen, die Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit und Recyclierfähigkeit zu erhöhen.

Im Bereich Humanökologie wird über den Umgang mit internen Anspruchsgruppen (Entwicklung der Arbeitsplätze, ÖPNV-Leistungen, ökologische Nahrungsmittel in Kantinen usw.) berichtet. Bei den externen Anspruchsgruppen wird die Verantwortung des Unternehmens gegenüber den Eigentümern, Lieferanten, Kunden und Öffentlichkeit dargestellt.

Die ökologischen Informationen enden ebenfalls mit einer Zahl, nämlich den eingesparten Tonnen Kohlendioxid (nach den bisherigen Möglichkeiten).

Ein Beispiel für den ökologischen Teil der Integrierten Bilanzierung ist die CO₂-Bilanz der UmweltBank AG, Nürnberg:

Das integrierte Jahresergebnis setzt sich aus dem ökonomischen Profit (ausgedrückt in Geld) und dem ökologischen Profit (ausgedrückt in eingesparten Tonnen CO₂) zusammen. Beide Zahlen zusammen zeigen den Öko-Zuwachs einer Organisation oder eines Unternehmens pro Geschäftsjahr.

Die Integrierte Bilanzierung befriedigt nicht nur das Informationsbedürfnis über eine Organisation oder ein Unternehmen nach innen und außen – das ökonomische und das ökologische Ergebnis lassen sich mit dem Erfolg anderer Firmen vergleichen. Darüber hinaus vermittelt die Integrierte Bilanzierung auch den Anreiz, die konkrete Einsparung von Treibhausgasen zum Handlungsziel zu machen.

Durch die Integrierte Bilanzierung wird erreicht, dass das ökologische Handlungsziel gleichberechtigt neben das ökonomische Ziel tritt. Damit wird das Einsparen von Treibhausgasen von einer allgemeinen politischen Willenserklärung zur individuellen Verantwortung.

Vier Schritte zur Förderung der Integrierten Bilanzierung:

1. Umweltorganisationen legen Rechenschaft über ihren Umgang mit der Natur ab, indem sie ihr ökologisches Profil in ihre Bilanz integrieren. Umwelt-NGOs werden an erster Stelle genannt, weil hier Klimabewusstsein nicht erst geschaffen werden muss.
2. Politische Institutionen, Ministerien, Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten etc. verpflichten sich, eine CO₂-Bilanz aufzustellen. Da es das Ziel von Politik ist, die Umwelt zu entlasten, stellt die CO₂-Bilanz lediglich ein neues Instrument dar, aber kein neues Ziel. So baut die öffentliche Hand ihre Vorbildfunktion aus.
3. Alle Verbraucher erstellen eine eigene CO₂-Bilanz und richten ihr persönliches Handeln an der Einsparung von Treibhausgasen aus: Autofahren kann durch ÖPNV-Nutzung ersetzt, Fleischkonsum reduziert, Gemüse aus regionalem ökologischen Anbau verzehrt werden ...
4. Bilanzierungsvorschriften für Organisationen und Unternehmen werden um eine CO₂-Bilanz erweitert. Das Bilanzrechtsreformgesetz (vom 18. Oktober 2005) lässt solche nicht-finanziellen Leistungsindikatoren ausdrücklich zu.

Eine noch zu gründende Plattform von Umweltorganisationen kann die CO₂-Bilanzen auf Vollständigkeit und Richtigkeit prüfen sowie erzielte Einsparerfolge testen und veröffentlichen. Mit diesem Nachweis könnte Organisationen, Unternehmen und Bürgern eventuell ein Bonus als Anreiz gewährt werden. Die Aufstellung einer Integrierten Bilanzierung erfordert Arbeit – wenn dieser Aufwand aber ins Verhältnis zur Klimakatastrophe gesetzt wird, wird schnell klar, wie sinnvoll diese Arbeit ist. ■■

Investieren in die Zukunft: «Green New Deal»

Aktuelle Projekte und Veranstaltungen der
Heinrich-Böll-Stiftung



Immer mehr Menschen fordern zur Bewältigung der Krise einen Green New Deal. Das Konzept des Green New Deal gewinnt seine Attraktivität aus der Verknüpfung von ökologischen und sozialen Zielen. Im Kern geht es darum, mit massiven Investitionen in den ökologischen Strukturwandel, in Bildung und Qualifizierung, Wissenschaft und Forschung die Fundamente einer zukunftsfähigen Gesellschaft zu legen.

Der Green New Deal appelliert an den Geist von Chancengleichheit, Fairness, Bürgerlichkeit und Selbstvertrauen. Doch wie können wir die Wirtschaftskrise bewältigen und zugleich das Fundament für ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaftsmodell legen? Was heißt das im Hinblick auf die aktuellen Konjunkturprogramme und die notwendige Ordnungspolitik? Wie vermeiden wir, dass die Konjunkturimpulse von heute zur Absatzkrise von morgen führen und am Ende nur den Regierenden im Wahlkampf nützen?

Die Heinrich-Böll-Stiftung geht in Veranstaltungen, Studien und Publikationen der Frage nach, wie ein Green New Deal ausgestaltet werden kann, der einen grundlegenden Wandel einleitet. Nicht nur die Kapitalausstattung der Banken und Unternehmen soll sich verbessern, sondern auch die Teilhabe und die Aufstiegschancen der Menschen.

Auf der Tagung «Green New Deal – Investieren in die Zukunft» am 7. Mai wollen wir u. a. mit Vertretern des Center of American Progress diskutieren, wie ein gemeinsamer transatlantischer Green New Deal aussehen könnte: Haben wir die gleiche Vision einer Welt nach der Krise? Gibt es gemeinsame Ziele, Strategien und politische Instrumente für Europa und die USA, um nachhaltige Antworten auf die multiplen Krisen zu finden? Welches Freiheits- und Glücksversprechen verbinden wir in Deutschland mit dem Green New Deal?

In einer Reihe zur ökologischen Transformation deutscher Schlüsselindustrien werden wir untersuchen, welche staatlichen und unternehmerischen Weichenstellungen jetzt erforderlich sind, damit nachhaltige Jobs entstehen und die Wende zu einer umweltverträglichen Produktionsweise gelingt. Mit der Studie «Grüne Wege aus der Autokrise» stellen wir die Vision des «grünen Automobilbauers von morgen» vor und diskutieren ihre Umsetzungschancen mit Wirtschaftsvertreter/innen, Politiker/innen und Bürger/innen. Unsere Studie zur «Grünen Chemie» zeigt die Potenziale der Chemiebranche und wie diese im Wettbewerb um die umweltverträglichsten Produkte bestehen kann. ■■■

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030-28534-0
F 030-28534-109
E thema@boell.de
www.boell.de/thema

Redaktionsleitung

Elisabeth Kiderlen

Redaktionsassistentin

Susanne Dittrich

Mitarbeit

Ralf Fücks
Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Gestaltung

blotto design, Berlin

Druck

agit-Druck, Berlin

Papier

Inhalt: Envirotop, 100g/m² matt hochweiß,
Recyclingpapier aus 100% Altpapier
Umschlag: Tauro Offset, 170g/m²

Bezugsbedingungen

zu bestellen bei oben genannter Adresse

HEINRICH BÖLL STIFTUNG FREUNDINNEN + FREUNDE

Teilen Sie die Werte und Interessen der Heinrich-Böll-Stiftung?
Dann werden Sie Mitglied in unserem internationalen Netzwerk.
www.boell.de/freundeskreis

Konzepte

ERENE – Für eine Europäische Gemeinschaft Erneuerbarer Energien

Langfristiges Ziel: der Ausstieg aus der Abhängigkeit von Öl, Gas und Uran. Vorrangige Aufgaben der geplanten Gemeinschaft sind der Aufbau eines gesamteuropäischen Stromnetzes, die Errichtung eines europäischen Binnenmarktes für erneuerbare Energien und umfangreiche Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Die Machbarkeitsstudie von Michael Schreyer und Lutz Mez kann kostenfrei unter www.boell.de/erene heruntergeladen werden

Das Greenhouse Development Rights-Modell (GDR)

Das Modell schlägt ein System der fairen Lastenverteilung von Klimaschutzleistungen vor, bei dem alle Länder ihren Beitrag leisten müssen. Aber die Anstrengungen und Kosten werden so verteilt, dass die Entwicklungsländer Armutsbekämpfung und die Umsetzung der Menschenrechte prioritär verfolgen können.

Autoren: Paul Baer, Tom Athanasiou, Sivan Kartha und Eric Kemp-Benedict (in engl. Sprache)

Download: www.boell.de/publikationen

Publikationen

Zur Lage der Welt 2009. Ein Planet vor der Überhitzung Hrsg. vom Worldwatch Institute in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch im Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2009, 320 Seiten, 19,90 Euro

Kapitalismus 3.0 – Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter Von Peter Barnes. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im VSA-Verlag, Berlin 2008, 208 Seiten, 18,80 Euro

Hoffnungsträger 1325. Eine Resolution für eine geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa Hrsg. im Ulrike Helmer Verlag vom Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung, Königstein/Ts., Oktober 2008, 272 Seiten, 25 Euro

Unsere Bücher und Schriftenreihen finden Sie unter www.boell.de/publikationen

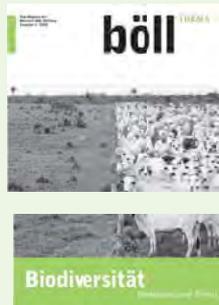
Bisher sind u.a. erschienen:

3/07



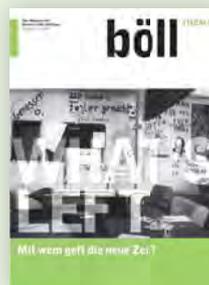
Die neue Welt(un)ordnung
Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges

1/08



Biodiversität
Bedrohung und Erhalt

2/08



what's left
Mit wem geht die neue Zeit?

3/08



Menschenrechte sind nicht teilbar

www.boell.de/thema

Böll Thema 1/09 Green New Deal

«Es fehlt keinesfalls an wissenschaftlichen Erkenntnissen, dass wir einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel brauchen, und es fehlt auch nicht an Vorschlägen für Maßnahmen für einen solchen Wandel. Was fehlt, ist der politische Wille. Die ideologischen, materiellen oder politischen Besitzstandswahrer müssen ihre gewohnten Positionen verlassen, um voraussetzungslos an den notwendigen Umbau unserer gesellschaftlichen Systeme und Verhaltensweisen heranzugehen. Dies trifft die Politik genauso wie die Wirtschaft, die Medien ebenso wie alle Bürger. Die Barrieren für die notwendigen Veränderungen liegen nicht in systemischen Zwängen, sondern bestehen in den Köpfen und Herzen von uns allen.»

Thomas Jorberg, Vorstandssprecher der GLS-Bank

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionel-

len politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat.

Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit 27 Auslandsbüros verfügt sie über eine weltweit vernetzte Struktur. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de